:antifaschistische nachrichten

Nr. 9

g 3336 30.4.2015 31. jahrg./issn 0945-3946 1,50 €
www.antifaschistische-nachrichten.de

Trauermarsch“ in Demmin

DEMMIN. Neonazis wollen am 8. Mai erneut in Demmin (Mecklenburg-Vorpommern) aufmarschieren. In Demmin hatte es Anfang Mai 1945 anlässlich des bevorstehenden Einmarsches der sowjetischen Truppen eine hohe Anzahl von Selbstmordfällen gegeben. NS-Propaganda – wie die Russen erschlügen Kinder mit der Axt – und allerlei Gerüchte hatten zu einer regelrechten Massenhysterie in dem Ort geführt. „Wir feiern nicht“, heißt es in dem Aufruf zu einem „Trauermarsch“ mit Fackeln durch Demmin. Der 8. Mai 1945 sei „ein Tag der Niederlage für das deutsche Volk“ und stehe „heute symbolisch für Siegerjustiz und Rachewillkür“. Seitdem sei „unser Volk einer andauernden Umerziehung ausgesetzt“ gewesen, liest man auf der Internetseite von „Freies Pommern“. „Alle volkstreuen Kräfte Mecklenburgs und Pommerns“ seien aufgerufen, sich am Abend des 8. Mai 2015 zum gemeinsamen „Ehrendienst an unserem Volke“ zu versammeln. Beginnen soll der „Trauermarsch“ um 19.30 Uhr auf dem Parkplatz Am Stadion Ecke Jarmener Straße in Demmin. *hma* ■

„Zwischentag“ in Erlangen

ERLANGEN. Die vom Förderverein der extrem rechten Zeitschrift „Blaue Narzisse“ ausgerichtete Freie Messe „Zwischentag“ soll in diesem Jahr am 4. Juli in Erlangen stattfinden. Das 4.Vernetzungstreffen der extremen Rechten steht diesmal unter dem Motto „Geopolitik und Einwanderung“. Es werde „10 bis 12 Aussteller geben“, darunter „nonkonforme Verlage, Jugendbünde und andere Initiativen“, so die Veranstalter. Die Messe, die von 11 bis 17 Uhr geöffnet sein soll, wird von einem Rahmenprogramm mit zahlreichen Vorträgen begleitet. Der „zentral gelegene“ Veranstaltungsort werde „einige Wochen vor der Messe öffentlich bekannt gegeben“. Aus „Platzgründen“ seien in diesem Jahr „nicht mehr als 200 Besucher“ möglich. Im vergangenen Jahr fand der „Zwischentag“ im Haus einer Bonner Burschenschaft statt. *hma* ■

Musik-CDs beschlagnahmt

ZWICKAU. Der in Zwickau lebende nationale Liedermacher „FreilichFrei“, ein gern gesehener Gast bei der NPD und ihrem Jugendverband, steht im Verdacht,

Verfassungsschutz: Nicht auf dem rechten Auge blind, sondern zu nah dran



Kampagne Blackbox Verfassungsschutz mit Performance vorm Münchner Landgericht

Presseerklärung von 22 Nebenklagevertreterinnen und Vertretern im NSU Prozess im Nachgang zum Verhandlungstag am 23.4.2015 und resümierend zum heutigen 200. Hauptverhandlungstag.

Der Verfassungsschutz stand im Zentrum des 199. Verhandlungstages im NSU-Prozess vor dem Oberlandesgericht München mit den Vernehmungen der V-Mann-Führer Gordian Meyer-Plath und Norbert Wießner. Es wird auf lange Sicht aufgrund der Struktur der Nachrichtendienste und deren Verhalten im NSU-Komplex trotz der Ermittlungen der Untersuchungsausschüsse und der umfangreichen Beweisaufnahme vor dem OLG München keine tatsächliche Aufklärung geben.

Wesentliche Gründe für die Nicht-Aufklärung sind:

- die auch am heutigen Verhandlungstag zu beobachtende angebliche und manchmal groteske Erinnerungs- und Ahnungslosigkeit der MitarbeiterInnen der Dienste und der von ihnen geführten V-Personen und deren offene und nicht geahndete Verstöße gegen die Wahrheitspflicht,
- die Vielzahl der enttarnten und nicht enttarnten V-Männer und InformantInnen in dem (Unterstützer-)Umfeld des Trios,
- die unzähligen echten und scheinbaren Fahndungspannen bei der Suche nach dem Trio

und

- das Zurückhalten und Schreddern von relevanten Akten, u.a. der des V-Mannes Marcel Degner im Thüringer Landesamt für Verfassungsschutz und der des V-Mannes Michael See vom Bundesamt für Verfassungsschutz (BfV).

Gleichwohl spielen diese Umstände trotz der Aufklärungsbemühungen des Gerichts keine substantielle Rolle – auch weil die Bundesanwaltschaft dies nicht möchte: Sie trägt nicht nur nichts dazu bei, dass V-Personen und ZeugInnen aus den Geheimdiensten ihre Wahrheitspflicht ernst nehmen, sondern hält sogar systematisch Akten und Erkenntnisse zurück.

Mit dem Verfahren vor dem OLG wird der falsche Schein erzeugt, es könne dieser Umstände zum Trotz über die angeklagten Taten ein Urteil gefällt werden, ohne die Rolle der Geheimdienste zu thematisieren und sich den offensichtlichen Fragen zu stellen:

- Haben die Dienste das Abtauchen und das Leben der drei in der Illegalität beobachtet?
- Hätte die Mord- und Anschlagsserie des NSU oder einzelne Taten verhindert werden können?

→

die Naziterrorgruppe „Nationalsozialistischer Untergrund“, kurz NSU, verherrlicht zu haben. In einem Musikstück auf der bei „Oldschool Records“ erschienenen Musik-CD mit dem Titel „Erhabener Kampf“ seien die Mitglieder der mutmaßlichen Mörder-Bande NSU als „Vorbilder“ und „die Größten unserer Zunft“ bezeichnet worden. Mitte April durchsuchten Polizeibeamte des „Operativen Abwehrzentrums“ (OAZ) eine Wohnung in Zwickau sowie Verlags- und Vertriebshäuser in Bad Schandau, Chemnitz, Dresden und Gohrisch. Auch in Bayern, Brandenburg, Nordrhein-Westfalen, Rheinland-Pfalz, Sachsen-Anhalt, Thüringen und Mecklenburg-Vorpommern fanden Hausdurchsuchungen statt. Dabei wurden 415 CDs und weitere Datenträger beschlagnahmt. *hma* ■

Nicht willkommen?

FIR-Erklärung zur Behinderung der Gedenkfahrt zum 70. Jahrestag der Befreiung von Moskau nach Berlin

Mit großer Irritation und Empörung haben wir, die Internationale Föderation der Widerstandskämpfer (FIR) – Bund der Antifaschisten, die Entscheidungen der deutschen Bundesregierung und des polnischen Außenministeriums zur Kenntnis nehmen müssen, der Gedenktour aus Anlass des 70. Jahrestages der Befreiung von Faschismus und Krieg zu den Orten des Sieges im „Großen Vaterländischen Krieg“ durch russische Motorrad-Freunde die Einreise zu verweigern.

Es ist Zynismus und Heuchelei, wenn es in der in Berlin verbreiteten Erklärung heißt: „Es ist uns ein wichtiges Anliegen, dass der Jahrestag in Würde begangen wird. Wir stellen uns mit Nachdruck gegen jegliche Instrumentalisierung des unermesslichen Leids der Opfer und des Widerstands gegen die Naziherrschaft.“ Genau diese Würde des Erinnerns war und ist das Anliegen des Motorrad-Corsos, der zu Stätten der Kämpfe und den Grabstätten der sowjetischen Soldaten führen soll. Eine „Gefährdung der öffentlichen Sicherheit und Ordnung“ geht von dieser Erinnerungsfahrt wahrlich nicht aus.

Mit diesem Vorgehen zeigen die Bundesregierung und die polnische Regierung erneut, in welch perverser Weise sie selbst die geschichtliche Erinnerung instrumentalisieren:

Wir erinnern an das skandalöse Verhalten der polnischen Regierung, den Präsidenten der russischen Föderation nicht zu den Gedenkveranstaltungen zur Befreiung des Vernichtungslagers Auschwitz durch die sowjetische Armee einzuladen.

Wir erinnern dabei an die empörenden ahistorischen Äußerungen des polnischen Außenministers, dass Auschwitz von der Ukraine befreit worden sei.

Wir erinnern an die von keiner deutschen Regierungsseite zurückgewiesenen Äußerungen des ukrainischen Regierungschefs in Berlin, die Ukraine und Deutschland seien 1945 von Russland besetzt worden.

Und wir erinnern an die Weigerung der Bundeskanzlerin und der polnischen Regierung, die Einladung zur Zeremonie anlässlich des 9. Mai 2015 in Moskau anzunehmen und stattdessen gar eine „Gegen-Zeremonie“ in Polen ins Gespräch zu bringen.

Wer solche geschichtspolitischen Setzungen zulässt bzw. selber macht, hat kein Recht, von der „Würde“ der Jahrestage zu sprechen. FIR ■

- Welche Rolle spielte das Hessische Landesamt für Verfassungsschutz und insbesondere Andreas Temme?
- Warum haben die Geheimdienste und die Bundesanwaltschaft kein Interesse an der Aufklärung des Unterstützernetzwerkes? Um die Schwere der Anklagevorwürfe zu bestimmen und zu einem Urteil zu kommen, sind schon von Gesetzes wegen die Größe und Gefährlichkeit des NSU aufzuklären. Problematisch kann diese Aufklärung für die Behörden nur sein, wenn sich weitere V-Personen im Unterstützerumfeld des NSU befanden, deren Identität und gelieferte Informationen über das Trio und den NSU zurückgehalten werden sollen.

Aus den Vernehmungen der ehemaligen V-Mann-Führer Meyer-Plath und Wießner und den uns vorliegenden Akten ergibt sich: Das Bundesamt und die Landesämter für Verfassungsschutz Thüringen, Sachsen und Brandenburg wussten bereits Mitte 1998 u.a. durch den V-Mann Carsten Szczepanski, dass sich das Trio im Raum Chemnitz aufhielt, sich bewaffnen wollte, einen Raubüberfall begangen hatte, einen weiteren plante und mit Geld der sächsischen Blood & Honour-Sektion unterstützt wurde. Diese Informationen wurden später im Kern durch Meldungen der V-Männer Marcel Degner und Tino Brandt bestätigt. Diese Informationen haben nur zu einem folgenlosen Treffen der drei betroffenen Landesämter geführt; über weitere nachrichtendienstliche Maßnahmen wussten die V-Mann-Führer nichts zu berichten und diese ergeben sich auch nicht aus den Akten.

Dies widerspricht dem gängigen Vorgehen der Geheimdienste diametral und ist deshalb nicht vorstellbar und nicht glaubhaft. Vielmehr ist davon auszugehen, dass die Geheimdienste nach der Meldung zu Aufenthaltsort, Bewaffnung und Raubüberfällen in Alarmbereitschaft versetzt waren und nachrichtendienstliche Operationen eingeleitet haben, die bis heute nicht bekannte Erkenntnisse erbrachten. Nach dem derzeitigen Wissensstand und dem Verhalten der Nachrichtendienste und der Bundesanwaltschaft muss davon ausgegangen werden, dass einzelnen oder mehreren Verfassungsschutzämtern die Aufenthaltsorte und das Unterstützernetz des Trios bekannt waren und das Trio nach dem Abtauchen über längere Zeit hinweg beobachtet wurde. Eine schlichte Verurteilung der Angeklagten nach Schuldnachweis in Hinblick auf die angeklagten Taten ohne Aufklärung der tatsächlichen Größe des NSU und seines Unterstützernetzwerkes und der Verstrickung und Mitwisserschaft der Nachrichtendienste ist nicht das Ziel unserer Mandanten und Mandantinnen. Sie wollen wirkliche und nicht durch die Staatsraison begrenzte Aufklärung.

Wir fordern deshalb die Bundesregierung und die Landesregierungen auf, die Geheimdienste anzuweisen:

- die Akten derjenigen V-Personen, InformantInnen und Gewährspersonen, die über das Trio, über den NSU und die UnterstützerInnen berichtet haben, vollständig, ungeschwärzt und nicht als geheim eingestuft auf Aufforderung dem OLG München bzw. den Untersuchungsausschüssen vorzulegen;
- den als ZeugInnen vor dem OLG München bzw. den Untersuchungsausschüssen geladenen BeamtInnen und den V-Personen der Dienste eine umfassende Aussagegenehmigung zu erteilen;
- BeamtInnen, die in ihrer Eigenschaft als ZeugInnen vor dem OLG München bzw. den Untersuchungsausschüssen nicht die Wahrheit gesagt haben bzw. nicht glaubhaft Erinnerungslücken vorschützen, disziplinarrechtlich zu belangen bzw. für die Einleitung von Strafverfahren Sorge zu tragen;
- BeamtInnen, die vor oder nach der Selbstenttarnung des NSU gegen Dienstvorschriften verstoßen haben und dadurch das Untertauchen des Trios begünstigt, zur Erfolglosigkeit der polizeilichen Fahndung beigetragen bzw. die Aufklärung des NSU-Komplexes behindert haben, disziplinarrechtlich zu belangen und nicht zu befördern.

23.4.2015

Nebenklagevertreterinnen und Nebenklagevertreter im NSU-Verfahren:

Seda Basay, Rechtsanwältin • Antonia von der Behrens, Rechtsanwältin • Önder Bogazkaya, Rechtsanwalt • Dr. Mehmet Daimagüler, Rechtsanwalt • Dr. Björn Elberling, Rechtsanwalt • Berthold Fresenius, Rechtsanwalt • Alexander Hoffmann, Rechtsanwalt • Carsten Ilius, Rechtsanwalt • Ali Kara, Rechtsanwalt • Detlef Kolloge, Rechtsanwalt • Stephan Kuhn, Rechtsanwalt • Angelika Lex, Rechtsanwältin • Edith Lunnebach, Rechtsanwältin • Yavuz Narin, Rechtsanwalt • Ogün Parlayan, Rechtsanwalt • Eberhard Reinecke, Rechtsanwalt, • Sebastian Scharmer, Rechtsanwalt • Reinhard Schön, Rechtsanwalt • Kiriakos Sfatkidis, Rechtsanwalt • Isaak Sidiropoulos, Rechtsanwalt • Dr. Peer Stolle, Rechtsanwalt • Turan Unlücay, Rechtsanwalt

Teil 2

PEGIDA als Kulminationspunkt gesellschaftspolitischer Konfliktfelder

Von Nils Merten

Von „Volksverrätern“ und dem „Volkswillen“

Doch die PEGIDA-Anhänger machen nicht allein die Migranten selber für ihre Anwesenheit verantwortlich. Sie, so der weit verbreitete Tenor, seien lediglich das Ergebnis einer verfehlten Zuwanderungspolitik, die die politische Klasse zu verantworten habe. Hierbei tritt ein weiterer zentraler Aspekt der PEGIDA-Bewegung zu Tage, nämlich der Bruch mit dem politischen Establishment. Mit der – frecher Weise – von der DDR-Bürgerrechtsbewegung übernommenen Parole „Wir sind das Volk“ soll eine klare Trennung zu „denen da oben“ gezogen werden. Der angeblich „kleine Mann“ auf der Straße müsse nun selber für seine Interessen eintreten, da „die Politiker“ den vermeintlichen Volkswillen nicht umsetzen oder schlimmer noch, die Interessen des Volkes verraten würden. Was nach außen hin wie eine Form demokratischer Selbstermächtigung wirken soll, anscheinend legitimiert durch die immer wiederkehrende Forderung nach Volksentscheiden auf Bundesebene, legt genauer betrachtet Zeugnis einer bedrohlichen Entwicklung ab.

Die Krise der politischen Repräsentation wird in den Sozialwissenschaften seit mindestens zwanzig Jahren bereits intensiv diskutiert. Kernthese dabei ist, die Entfremdung von politischen Repräsentanten und bestimmten sozialen Milieus und gesellschaftspolitischen Lagern. Diese Entfremdung wird von zahlreichen Parteien inzwischen erkannt. Ob Mitgliederentscheide zu Kandidaturen bei Wahlen oder zu Koalitionsverträgen, ob Bürgerkonvente oder themenbezogene Ratschläge, all dies ist in den letzten Jahren zunehmend praktiziert worden. Dennoch scheint sich das Misstrauen in die politischen Entscheidungsträger nur geringfügig verbessert zu haben. Rückläufige Mitgliederzahlen in den großen Volksparteien und sinkende Wahlbeteiligung sind Ausdruck der Krise. Das Hauptproblem der Entwicklung scheint in der vermeintlichen Austauschbarkeit der Parteien zu liegen. Während die SPD bspw. die Hartz-Reformen sowie den ersten deutschen Kriegseinsatz nach 1945 durchgesetzt hat, kam es unter einer CDU-geführten Bundesregierung zur Einführung des Mindestlohns sowie der doppelten Staatsbürgerschaft. Nahezu alle Parteien haben den Kampf um die vermeintliche Mitte ausgerufen, in der sie sich – wen wundert es – selber verorten würden, und wo sie glauben, dass Wahlen gewonnen werden. Dieser Wettbewerb führt jedoch auch dazu, dass die Parteien ihre Konturen und somit ihre gegenseitige Abgrenzung aufgeben. Während die angebliche gesellschaftliche Mitte nun ein parteipolitisches Überangebot hat, verlieren die Parteien wiederum Teile ihrer eigentlichen Stammklientel, welches sich nicht als Teil dieser Mitte versteht oder deren Interessen durch die Politikverschiebung nicht mehr berücksichtigt werden. Angesichts einer dynamischen Veränderung der Gesellschaft und ihrer sozio-ökonomischen Struktur verlieren die großen Parteien an Integrationsfähigkeit und die Fliehkräfte nach außen nehmen spürbar zu. Während mit der Partei DIE LINKE. rasch das Vakuum links der Sozialdemokratie ausgefüllt wurde, hat die Verschiebung der CDU bislang nur wenig Auswirkungen auf die Entstehung neuer Parteien gehabt. Da jedoch die CDU insbesondere ihren nationalkonservativen Flügel vernachlässigt hat, droht seit Kurzem die noch junge Partei AfD diese Lücke zu schließen. Ob ihr das dauerhaft gelingen wird, bleibt zu diesem Zeitpunkt offen. Aber aus eben jenem politischen Lager heraus, scheinen sich die PEGIDA-Anhänger zu rekrutieren. In ihren Augen fehlt es an einer restriktiven Zuwanderungspolitik, die auf die Interessen der etablierten Deutschen setzt und nicht auf Fragen von Humanität oder Menschenrechte. Diese lange im Verborgenen geäußerten Vorbehalte scheinen sich nun in Dresden auf der Straße bahn zu brechen. Soziale Bewegungen haben immer dann gute Voraussetzungen, wenn die Integrationsfähigkeit des politischen Systems schwächelt und es keine bestehenden Kommunikationskanäle zu den Akteuren des politischen Feldes gibt. Es verwundert daher nicht, dass mit Alexander Gauland ein führender Vertreter der AfD in PEGIDA gar „natürliche Verbündete“ zu erkennen hofft, versteht man sich doch selber als Anti-Establishment-Partei.

Die Strategie der außerparlamentarischen Selbstermächtigung verweist jedoch nicht allein auf die Krise der politischen Repräsentation, sondern verdeutlicht auch starke antidemokratische Tendenzen, die mitklingen. Da eine Gesellschaft stets heterogen ist, Demokratie somit immer auch das Verhandeln von Interessenkonflikten bedeutet, ist die Konstruktion eines einheitlichen „Volkswillen“ eine deutliche Absage an die gesellschaftliche Pluralität, insbesondere der Interessenlagen von Minderheiten. Sollte es, angenommener Weise, einen solchen einzigen „Volkswillen“ geben, bedürfte es auch keiner Parteien mehr. Dieser „Volkswille“ benötigt in dem Fall lediglich eine „starke Hand“ die ihn exekutiert und umsetzt. Auch der Verweis auf bundesweite Volksentscheide kann den antidemokratischen Duktus nicht verschleiern, denn – man blicke bspw. in die Schweiz – können auch demokratische Entscheide dazu beitragen, demokratische Grundrechte, wie das der Religionsfreiheit, erheblich einzuschränken, wenn nicht abzuschaffen.

„Der Lügenpresse, auf die Fresse!“

Neben den Feindbildern „Islam“, „Migranten“ und „Politikern“ tritt bei PEGIDA eine weitere Zielgruppe des kollektiven Zorns zutage: die etablierten Medien. „Systemschreiberlinge“, „von Geheimdiensten bezahlt“ oder schlicht im NS-Jargon auch „Lügenpresse“ ist immer wieder zu vernehmen. Gemeint ist, dass die großen Medien nicht über alle Hintergründe und Themen wahrheitsgemäß oder sogar bewusst falsch berichten würden. Ohne Frage, gibt es genügend Gründe die etablierten Medien in vielfacher Weise zu kritisieren. Die Forderung nach mehr „Mut zur Wahrheit“ jedoch führt hierbei in die Irre, da nicht besagt werden kann, wer oder was denn diese „Wahrheit“ als solche definieren soll. Die Bindungskraft der großen Medien, insbesondere der Printmedien, hat in den letzten Jahren deutlich abgenommen. Insbesondere das Überangebot an Informationsquellen im Internet spielt hierbei eine wesentliche Rolle. Hierdurch kommt es zu einer Veränderung der Alltagskommunikation. Diese wird immer weniger geprägt durch klassische Formate wie bspw. die Tagesschau oder die Tagesthemen. Dagegen gibt es ein zunehmendes Informationsangebot in den neuen Medien, wie Blogs oder den sozialen Netzwerken. Die Deutungshoheit von Redaktionen, Journalisten und den von ihnen befragten Politikern nimmt zugunsten sich einer neu herausbildenden Teilöffentlichkeit ab, die ihrerseits darüber entscheidet, was wichtig und richtig ist. Da Informations- und Wissensaneignung bei vielfältigem Quellenangebot auch immer eins selektiver Prozess ist, verengt sich die Informationsakquise auf die eigene Interessenlage, die wiederum natürlich auch durch Einstellungen und Vorurteile vorgeprägt ist. Menschen entdecken in den neuen Medien somit Theorien und

Annahmen, die sich mit ihren Vermutungen decken, und sehen sie somit als gegeben an. Wie hoch der tatsächliche Wahrheitsgehalt bei diesen neuen Medienformaten ist, ist zweitrangig. Wichtiger erscheint, dass die eigene Meinung bestätigt wird. Der Umkehrschluss ist dann nicht selten, dass eben diese Meinungen durch die etablierten Medien nicht berücksichtigt, bzw. als falsch, dargestellt würden. Eine Protestbewegung wie PEGIDA, so der Bewegungsforscher Simon Teune von der TU Berlin, würde sich auf der Basis von Informationen, die von etablierten Medien vermeintlich verschwiegen werden, bestärken.

PEGIA als konformistische Rebellion gegen die Moderne

Mit Rückblick auf die beschriebenen Aspekte zu PEGIDA verdeutlicht sich, dass wir es nicht ausschließlich mit einem rassistischen Phänomen zu tun haben, wenn auch Nationalismus und Rassismus einen zentralen Stellenwert einnehmen. Vielmehr drückt die PEGIDA-Bewegung eine Kulmination verschiedener gesellschaftspolitischer Konfliktfelder aus, die sich überlagern und gegenseitig bestärken. Der vermeintliche Abwehrkampf einer Mehrheit gegen eine religiöse Minderheit ist zwar von den Akteuren ernst gemeint, erhält seinen tatsächlichen Erkenntniswert jedoch erst durch die Analyse weiterer Konfliktfelder. Soziale Verunsicherung, gesellschaftliche Konkurrenz, und die Verteidigung der eigenen Privilegien gegenüber „den Fremden" auf der einen Seite und ein gravierender Vertrauensverlust in die gesellschaftlichen Eliten aus Politik und Medien auf der anderen Seite. Das diffuse Gefühl einer (überwiegend) imaginierten sozialen und angeblich kulturellen Bedrohung, gepaart mit der Annahme, für seine Interessen allein verantwortlich zu sein und nicht berücksichtigt zu werden, ergibt eine gefährliche Gemengelage, die in antidemokratischer Selbstermächtigung und aggressiven Abwehrreflexen gegen all das mündet, durch das man sich bedroht oder verraten fühlt. Die PEGIDA-Bewegung lässt sich daher gut als eine konformistische Rebellion derer beschreiben, die glauben hart zu arbeiten, sich stets an die Spielregeln gehalten zu haben, nun aber benachteiligt gegenüber denen sind, denen man unterstellt, sie würden sich den konformistischen Regeln, die das eigene Weltbild stabilisieren, widersetzen wollen. PEGIDA drückt somit auch die Angst vor einer neuen Moderne aus, bei der der Wunsch nach klarer Ordnung und nationaler Sicherheit angesichts von Finanz- und Währungskrisen, globaler Kriege, Seuchen und Massenmigration in weite Ferne zu rücken droht.

Die Stadt Dresden in Sachsen bietet für die Konstituierung einer solchen antimodernen, konformistischen Bewegung gute Voraussetzungen. Historisch ist das Gefühl der Benachteiligung bei vielen Menschen aus den Nachwendejahren noch archiviert und aktivierbar. Dresden ist durch die Bombenangriffe im Zweiten Weltkrieg zudem zentraler Teil des deutschen Opfer-Narratives, was durch die bürgerlichen Gedenkrituale und die extrem rechten Aufmärschen zum Jahrestag der Bombardierung jährlich wiederholt wird und somit am Leben erhalten bleibt. Ferner ist Sachsen seit der Wende ein erzkonservatives Land, welches seit bald 25 Jahren durchweg von der CDU regiert wird, und wo die neonazistische NPD 10 Jahre mit ihrer Landtagsfraktion zum Teil des politischen Systems gehörte. An ihre Stelle trat nach dem Ausscheiden die AfD, die mit einem fast zweistelligen Ergebnis einen fulminanten Einzug schaffte. Aber nicht allein in den Parlamenten, auch außerhalb haben es extrem rechte Gruppen und Organisationen geschafft, feste Strukturen zu etablieren und sich mit diesen in Teilen der Zivilgesellschaft zu verankern. Dies alles dürfte zu einer Normalisierung von nationalistischen, rassistischen und antidemokratischen Positionen in der Gesellschaft beigetragen haben. Erschwerend kommt hinzu, dass in Sachsen und auch Dresden selber kaum Migranten leben. Der somit ausbleibende interkulturelle Kontakt erschwert den notwendigen Austausch und das Kennenlernen, wodurch Vorurteile und Ressentiments schneller abgebaut werden könnten.

Doch macht man es sich zu einfach, PEGIA als ein rein ostdeutsches oder gar sächsisches Phänomen zu interpretieren. Die hohen Teilnehmerzahlen aus anderen Bundesländern verdeutlichen, dass es sich trotz aller günstigen Bedingungen, die Dresden bieten mag, um ein gesamtdeutsches Phänomen handelt. Ob PEGIDA nochmals Teilnehmerzahlen wie im vergangenen Winter zu mobilisieren vermag, muss an dieser Stelle offen bleiben. Doch auch wenn sich PEGIDA verlaufen würde, die konformistische Rebellion gegen „die Fremden", „die Volksverräter" oder die „Systemschreiberlinge der Lügenpresse" wird uns auch in Zukunft mit aller Wahrscheinlichkeit weiter beschäftigen.

Nils Merten ■

Thor-Steinar-muss schließen



HANNOVER. Seit der Eröffnung des Thor-Steinar-Ladens in Hannover an der Podbielskistraße wurde der Protest mit mehreren großen Demonstrationen, Versammlungen und Flugblattaktionen im Stadtteil, regelmäßiger Präsenz – Stände, Aktionen – vor dem Laden, organisiert.

Mit Urteil vom 10. März 2015 gab das Amtsgericht einer Klage der Wohneigentümergemeinschaft statt mit der Begründung, die Rechte der Eigentümer und ihr Schutz vor Störungen seien höher zu bewerten als die Gewerbefreiheit.

Der Richter betonte in der Verhandlung, es sei bei der Entscheidung nicht darum gegangen, wo die Ladenbetreiber politisch verortet sind. Allerdings habe Skytec dort „nicht unbedenkliche Ware" vertrieben, die erwartbare Reaktionen von Nazi-Gegnern hervorriefen.

Der Vermieter des Ladens, die Dimo Logistik GmbH aus Eichwalde, hatte bei Anmietung des Ladens nicht mitgeteilt, dass es sich bei der Anmietung des Ladens um die brandenburgische Firma Skytec Outlets handelt, die die in der rechtsextremen Szene beliebten Jacken, Hosen und Hemden der Marke Thor-Steinar verkauft.

Die Betreiber des Ladens hatten die Möglichkeit gegen das Urteil Berufung einzulegen. Nach Informationen der „Hannoverschen Allgemeinen Zeitung" vom 14. April soll der Laden zum 31. Juli 2015 geschlossen werden. Ein entsprechender Vorschlag läge der Eigentümergemeinschaft schriftlich vor.

In einer Mail teilte die Gruppe, die den Protest über diese lange Zeit organisiert hat, mit:

„Der Thor Steinar-Laden Tønsberg in

1. Mai Nazifrei?

Am 1. Mai wollen Nazis in Mönchengladbach gegen Asylbewerber*innen hetzen. Die NPD hat eine Demonstration gegen angeblichen Asylbetrug angemeldet und mobilisiert landesweit nach Mönchengladbach.

Wir sagen ganz klar: Da haben wir keinen Bock drauf!

Weder die menschenverachtenden Ansichten der NPD noch ihr Rassismus und Nationalismus hat etwas in Mönchengladbach verloren. Wir wollen ganz klar Stellung beziehen gegen die Hetze der NPD gegen Asylbewerber*innen – Menschen, die bei uns Zuflucht suchen, haben Schutz verdient! Wir werden Flüchtlinge gegen Rassist*innen und Rechtsradikale jeglicher Couleur verteidigen!

Nicht nur, weil wir das Gedankengut der NPD in Mönchengladbach nicht dulden werden, sondern auch, weil die Wahl des Termins – dem internationalen Tag der Arbeit – eine klare Provokation gegenüber den Gewerkschaften und anderen Verbänden und Gruppen aus der Arbeiter*innenbewegung darstellt, werden wir am 1. Mai deutlich zeigen, dass Nazis hier nicht willkommen sind.

Aus diesem Grund rufen wir dazu auf, sich am 1. Mai an den Gegenaktionen zum NPD-Aufmarsch zu beteiligen. Nur gemeinsam können wir uns dem Aufmarsch entgegenstellen und den Tag zu einem Desaster für die NPD und ihre Anhänger*innen machen.

Keinen Fußbreit den Faschisten!

Mobilisierung:
Wir freuen uns sehr, dass das viele Menschen aus Mönchengladbach und Umgebung ebenfalls so sehen und uns – das Bündnis „Mönchengladbach stellt sich quer" – unterstützen wollen. Wir bekommen so viele Anfragen, wie man uns und die Demo gegen die NPD unterstützen kann, dass wir mit dem Beantworten gar nicht mehr hinterher kommen. Daher hier ein paar Dinge, die ihr machen könnt:

- Aktiviert euer Umfeld! „Bring your Families" gilt nicht nur für Flüchtlinge, sondern auch für Demonstrationen gegen Nazis. Schreibt E-Mails, Nachrichten, erzählt Familie, Freund*innen und Kolleg*innen von der Demo und ladet sie ein. Jede*r ist willkommen!
- Nutzt die sozialen Netzwerke und weist auf die Demo hin. Nutzt den Hashtag #mssq! Egal ob Posts bei Facebook und Twitter, Fotos mit euch und dem ausgedruckten Aufruf bei Instagram oder passende GIFs bei Tumblr: Alles ist super!
- Verteilt Flyer und hängt Plakate auf! Im Anhang und auf unserer Homepage findet ihr den Flyer mit Aufruf zum downloaden und selber ausdrucken. Außerdem können wir euch bei konkreten Anfragen Poster zukommen lassen.
- Stay tuned! Über unsere Facebook-Seite und unsere Homepage erhaltet ihr immer die neusten Infos.

Am 1. Mai…

Infos darüber, wie genau Ablauf des 1. Mai geplant ist, folgen Anfang nächster Woche – zunächst stehen noch die Kooperationsgespräche mit der Polizei an. Sehr wahrscheinlich bleibt es aber bei folgenden Eckdaten:
- Start: 11 Uhr
- Ort: Europaplatz

Wichtig ist in jedem Fall: Organisiert euch schon mal Trillerpfeifen und sonstige Krachmacher, bastelt kreative Plakate, übt „Nazis raus"-Rufe. Noch wichtiger: Motiviert Freunde, Bekannte und Verwandte, ebenfalls zur Demo zu kommen! Wir sind ein breites Bündnis, das quer durch alle Mönchengladbacher Netzwerke und Ebenen mobilisieren kann – das müssen wir nutzen!

Mönchengladbach stellt sich quer
Antifaschistische Aktion Mönchengladbach • Arbeitslosenzentrum Mönchengladbach • AStA Hochschule Niederrhein • Attac Mönchengladbach • Barbara Gersmann, Bezirksvorsteherin



Mönchengladbach-Süd • BAUM Bürger-Aktion Umweltschutz Mönchengladbach e. V. • Bezirksschüler*innenvertretung • Bündnis „Aufstehen! Für Menschenrechte – Gegen Rechtsextremismus" • Bündnis 90/Die Grünen Kreisverband Mönchengladbbach • Bündnis für Menschenwürde und Arbeit • DGB Mönchengladbach • Die LINKE Mönchengladbach • Die PARTEI Mönchengladbach • Edmund Erlemann, Pfarrer i.R. • Eine Welt Laden Mönchengladbach e.V. • Eintagsfliege – Kultur und Konzertgruppe • Fanprojekt De Kull e.V. • Förderverein Stiftung Volksverein Mönchengladbach e.V. • GEW – Die Bildungsgewerkschaft Mönchengladbach • HORST Musik- und Kulturförderung e.V. • IG Metall Jugend Mönchengladbach • Initiative Gründerzeitviertel e. V. • IPPNW-Regionalgruppe MG/KR – Ärzte für die Verhinderung des Atomkriegs/in sozialer Verantwortung • Jusos Mönchengladbach • Jusos Kreis Neuss • Katholische Arbeitnehmer Bewegung – KAB-Bezirksverband Mönchengladbach • Katzenstein e.V. • Mönchengladbacher Karnevals Verband e.V. • Pfarrer Dietrich Denker – Superintendent Kirchenkreis Mönchengladbach-Neuss • Pfarrer Johannes van der Vorst – Bezirkspräses der Schützenbruderschaft • Pfarrer Ulrich Clancett – Regionaldekan Mönchengladbach im Bistum Aachen • Piratenpartei Mönchengladbach • SJD Die Falken Mönchengladbach und Nordrheinwestfalen • SPD Mönchengladbach • Stadtjugendring • Theo-Hespers-Stiftung • Transition Town Initiative Mönchengladbach • Ver.di-Jugend Linker Niederrhein • Vereinigung der Verfolgten des Naziregimes – Bund der Antifaschistinnen und Antifaschisten Mönchengladbach-Grenzland • Vielfalt e.V. Inklusion im Kleingarten Mönchengladbach • Volksverein Mönchengladbach

Aktuelle Infos im Internet unter www.mssq.de ■

---

der Podbielskistraße wird in diesem Jahr das Ladenlokal schließen müssen. Diese Information haben wir nun als gesicherte Aussage erhalten. …

Auch wenn es ein großer Erfolg ist, dass die Klage der Anwohner*Innen erfolgreich war, müssen wir auch in Zukunft wachsam sein. In der Vergangenheit ist es leider oft dazu gekommen, dass diese Läden in benachbarte Stadtteile gezogen sind. Darum hoffen wir mit unserem Protest auch möglichst viele Vermieter darauf aufmerksam gemacht zu haben, darauf zu achten, wen man sich ggf. ins Haus holt. Wir hoffen, dass Vermieter und Wohnungsverwaltungen künftig wachsam sind und stehen selbstverständlich auch weiterhin für Anfragen zur Verfügung.

An dieser Stelle möchten wir uns aber auch nochmal bei allen bedanken, die sich in der Vergangenheit unserem Protest angeschlossen haben!"

Hannovers SPD-Ratsfraktion bezeichnete das Urteil als „richtungsweisend". Nach Ansicht der Grünen-Fraktion zeigt die Entscheidung, dass es sich lohne, gegen die Verbreitung rechtsextremen Lifestyles Widerstand zu leisten.

Die erfolgreiche Einbeziehung sowohl der Wohnungseigentümer als auch der Nachbarschaft in weitem Umkreis des Ladens haben dazu beigetragen, dass der lang andauernde Protest nicht diffamiert oder verboten wurde.

Auch wenn das Gericht das Urteil auf die Rechte der Eigentümer und ihren Schutz vor Störungen gestützt hat, ist es der eindeutige, kontinuierlich organisierte Protest gewesen, der jetzt die Schließung des Ladens erreicht hat.

bee ■

Showdown in der AfD

Wenn sich die Junge Freiheit ernste Sorgen macht, muss es um die AfD schlecht stehen: „Während die Euro-Krise neuen Höhepunkten entgegeneilt und es die Stunde einer politischen Alternative wäre, manövriert sich die AfD systematisch ins Aus. Es ist nicht zu fassen.“ Tatsächlich haben die Auseinandersetzungen um die künftige Linie der Partei und die Besetzung der Leitungspositionen ein Ausmaß erreicht, das auf eine Spaltung der AfD hoffen lässt.

Ganz aktuell wäre da zunächst einmal die Affäre um den Landeschef von NRW, Marcus Pretzell. Der hatte private Steuerschulden nicht beglichen, und die AfD NRW wurde mit ’reingezogen, weil sie auf ein Auskunftsersuchen des Finanzamtes nicht reagierte. Der Landesvorstand verweigerte mehrheitlich eine Untersuchung dieser Vorgänge, so dass der Bundesvorstand eine Kommission einberief. Die kam zwar zu dem Ergebnis, dass der AfD kein Schaden entstanden sei, forderte Pretzell aber zum Rücktritt von seinem Vorsitz auf, da er mit der Doppelbelastung – er ist auch Europaabgeordneter – „überfordert“ sei.

Dem kam Pretzell nicht nach und verbreitete u.a. über den Kommissionsbericht Unwahrheiten, weswegen er vom Bundesvorstand abgemahnt wurde. Derzeit wird geprüft, ob Pretzell zum Zeitpunkt seiner Wahl zum Vorsitzenden überhaupt in NRW gemeldet war – oder ob diese Wahl mit all ihren Konsequenzen eventuell nichtig ist. Der für vergangenes Wochenende vorgesehene Landesparteitag musste ausfallen, weil bei der Einladung Fristen versäumt wurden.

In Hessen wurde der Landesvorstand nach gerade einem halben Jahr Amtszeit abgewählt. Ihm wurde zum Vorwurf gemacht, dass er gegen Peter Münch, einem der drei gleichberechtigten Vorsitzenden, ein Parteiausschlussverfahren eingeleitet hat, weil Münch über seine Zeit bei den Republikanern nur einen Teil der Wahrheit gesagt hatte. Hierbei spielen persönliche Machtkonkurrenzen die Hauptrolle, denn Münchs Gegenspieler Konrad Adam (ebenfalls Vorsitzender in Hessen und Mitglied der Bundesspitze) gehört wie Münch dem rechten Parteiflügel an. Die AfD Hessen bekommt jetzt einen Notvorstand, denn nach der Abwahl des alten Vorstands schafften es die Teilnehmer des Parteitags nicht, einen neuen zu wählen.

Zu guter Letzt trat Hans-Olaf Henkel als stellvertretender Sprecher des Bundesvorstands zurück. Er beklagt einen zunehmenden Einfluss von „Rechtsideologen“ und unerträgliche Umgangsformen im Bundesvorstand.

Der Mitgliederentscheid

Entscheidend für die Zukunft der Rechtspartei ist ein bevorstehender Mitgliederentscheid, in dessen Kern es um die Frage geht, ob die AfD sich künftig als rechte Opposition innerhalb des bestehenden gesellschaftlichen und politischen Systems begreift oder als rechte Fundamentalopposition gegen dieses System.

Der Abstimmungstext vertritt die systemkonforme Position des Flügels um Bernd Lucke. „Die AfD lehnt Fundamentalkritik an unserem Staat, unserer Gesellschaft oder unserem Wirtschaftssystem ab.“ Die deutsche Mitgliedschaft in NATO und EU wird ausdrücklich bejaht. Jeder Kooperation mit RechtsextremistInnen wird eine Ablehnung erteilt: „Die AfD unterhält keine Kontakte zu Vertretern der sog. Neuen Rechten, der sog. Identitären Bewegung oder zu Organisationen im Dunstkreis des Rechtsradikalismus.“ Auch eine Zusammenarbeit mit Pegida wird abgelehnt.

Dieser Mitgliederentscheid hat das Quorum von mindestens drei Prozent der Mitglieder erreicht und muss in den nächsten Tagen allen Mitgliedern zu einer Art Urabstimmung vorgelegt werden.

Inzwischen spricht auch Lucke offen aus, dass die AfD ein Problem mit rechten Kräften hat. Es gelte „eine klare Grenze (zu ziehen) zu politischen Strömungen wie der sog. Neuen Rechten und der identitären Bewegung. Dies ist nötig, denn es ist verstärkt festzustellen, dass Vertreter dieser Richtungen Einfluss auf Teile der AfD gewinnen wollen.“

Sogar die Junge Freiheit ist besorgt wegen der rechten Kundschaft: „Hier sind Akteure einer ‚Rechten’ am Werk, die keinen Ruf zu verlieren haben und denen es deshalb gleichgültig ist, ob sich die AfD durch einen Rechtsruck und die Aufgabe des liberalen Flügels an den Rand des diskutablen politischen Spektrums manövriert. Setzt sich dieser Flügel durch, wären Selbstisolation und Abstieg auf Raten vorprogrammiert.“

Gegenmitgliederentscheid

Den rechten Parteiflügel um Alexander Gauland und Frauke Petry ficht das allerdings nicht an. Sie waren gegen einen Mitgliederentscheid, weil davon ausgehen, dass die passiveren Mitglieder nicht so weit rechts stehen wie die aktiven, die zu den Parteitagen kommen. Sobald feststand, dass der Mitgliederentscheid nicht verhindert werden kann, hat dieser Flügel einen eigenen (Gegen-) Mitgliederentscheid aufgelegt und sammelt jetzt Unterschriften.

Dieser Entwurf ist grundgesetzrelativistisch, d.h. er hält sich die Option, das Grundgesetz zu ändern, ausdrücklich offen und will rechten VerfassungsgegnerInnen eine Mitarbeit ermöglich. Man „begrüßt Diskussionen über grundlegende Reformen unseres Staatswesens, die 66 Jahre nach dem Inkrafttreten des Grundgesetzes gedacht werden müssen“, und tritt „dafür ein, die noch immer eingeschränkte Souveränität Deutschlands zu vollenden“.

„Von einer übertriebenen Abgrenzungspolitik (nach rechts, F), die letztlich in die politische Isolation führt, halten wir nichts.“ Zwar laviert dieser Entwurf um viele Streitfragen herum, würde mit seiner Öffnung zum rechten Rand aber die bürgerlicheren Kräfte aus der Partei drängen.

Entscheidende Wochen

Lucke möchte die AfD als rechtskonservative Partei etablieren und sich die Möglichkeit offen halten, sie einmal in eine Regierungskoalition zu führen. Dass dem der Radau der Parteirechten im Wege steht, führt Lucke zu einer unerbittlichen Gegnerschaft zu diesem Parteiflügel, die nur mit dessen Rückzug aus der Partei enden kann – oder eben mit seinem.

Lucke hatte lange Zeit bestritten, dass es überhaupt Rechte in der AfD gebe. Seine Paktiererei mit den Rechtsaußen, solange diese als Laufburschen nützlich für seine Zwecke waren, fällt ihm jetzt auf die Füße. Der Mitgliederentscheid ist der erste Schritt in die Zukunft der AfD. Der zweite ist der Parteitag im Juni, auf dem Lucke sich zum alleinigen Vorsitzenden küren lassen will. Spätestens hier dürfte die Partei auseinander brechen.

F ■

(mitgliederentscheid-afd.de, politische-grundpositionenafd2.wordpress.com, Rundmail Lucke vom 22.4., JF online vom 24.4.)

Nachtrag

Vergangenen Sonntag wurde der zum Lucke-Flügel zählende Vorsitzende des Landesverbandes Saarland der AfD überraschend abgewählt. Gegen ihn setzte sich der 77jährige ehemalige Lehrer Josef Dörr mit 54,4 % der Stimmen durch.

Bundeswehr an den Schulen

„Die Bundeswehr hat die Militarisierung der Schulhöfe im vergangenen Jahr weiter ausgebaut“, kritisiert die innenpolitische Sprecherin der Fraktion DIE LINKE., Ulla Jelpke, mit Blick auf die Antwort der Bundesregierung auf eine Kleine Anfrage. Jelpke weiter:

„Jugendoffiziere und Karriereberater haben im Jahr 2014 mehrere Hunderttausend Jugendliche in Klassenzimmern und auf Schulhöfen über die fragwürdigen Vorzüge des Militärs unterrichtet. Besonders zugelegt hat die Beteiligung an Jobmessen und Berufsbildungstagen auf Schulgelän-

Proteste und Teilerfolg gegen RassistInnen-Tagung

Viele Kinder bei Ludendorffern



BAD FALLINGBOSTEL-DORFMARK. Seit 40 Jahren hält der „Bund für Gotterkenntnis (Ludendorff) e.V." im niedersächsischen Dorfmark seine Ostertagung ab. Meist sind alle Hotel- und Pensionsbetten dann belegt. Proteste ans Rathaus und Lokalzeitungen gibt's schon lange und seit 2007 regelmäßig Straßenproteste. Dorfmarker Honoratioren und Stammtischbrüder verteidigen ihre ach so harmlos-friedlichen und Geld ins Dorf bringenden Ludendorffer. Ja selbst Hitler-Gruß-zeigen und rassistische Beleidigungen gegen Demonstrierende des Internationalen Jugendworkcamp Bergen-Belsen vor Fernsehkameras trauten sich einige Dorfmarker.

Das „Bündnis gegen Ludendorffer" aus Gewerkschaften, Parteien und Initiativen organisiert seine Straßenproteste seit einigen Jahren gleich an 2 Tagen.

Wirtschaftlicher Druck eines potenten Kunden nach dem Motto „wenn ihr weiter Ludendorffer bewirtet, dann kommen wir nicht mehr" führt nun nach 40 Jahren dazu, dass das Haupttagungslokal „Hotel Deutsches Haus" erstmalig in diesem Jahr keine Ludendorffer beherbergt und bewirtet. Die rassistische Organisation musste sich auf den „Gasthof zur Post" konzentrieren und bekam zweitägige Protestaktionen vor die Tür. Das Bündnis kann nach vielen regelmäßigen Protesten endlich einen Teilerfolg feiern, betonten alle Gruppen.

Drinnen gab's Vorträge, Volkstanz und Kinderprogramm. Über 30 Kinder und Jugendliche wurde von ihren Altvorderen die arische Volksgemeinschaft antrainiert, während draußen Spottverse über die Ludendorffer gesungen wurden. Nach jahrzehntelanger Verharmlosung der rassistischen Organisation durch den Verfassungsschutz schickte jetzt Niedersachsens Innenminister Boris Pistorius dem „Bündnis gegen Ludendorffer" ein Grußtelegramm. DGB-Kreisvorsitzender Charly Braun nahm das in seiner Rede auf und fordert vom Innenminister die Auflösung der Ludendorffer zu betreiben sowie mit der Bespitzelung der antirassistischen Proteste durch den polizeilichen Staatsschutz Schluss zu machen. SPD-Landtagsabgeordneter Michael Höntsch will sich für Beobachtung der Ludendorffer durch den Verfassungsschutz einsetzen.

Die Ludendorffer tagten in Dorfmark bereits vor 1977, also zu einer Zeit als die Organisation der Ludendorffer noch verboten war. Der 1937 gegründete heidnisch-germanische Verein, war nach 1945 verboten, wurde 1951 neu gegründet und 1961 erneut verboten. Nach langem Rechtsstreit hob ein bayrisches Verwaltungsgericht 1977 das Verbot wegen Verfahrensfehlern auf. Die ideologische Gründerin Mathilde Ludendorff wurde 1950 in einem Entnazifizierungsverfahren zunächst als Hauptschuldige, später als Belastete eingestuft. Der „Bund für deutsche Gotterkenntnis" ist eine Erfindung der selbsternannten Philosophin Mathilde Ludendorff und wurde als sog. „Glauben" propagandistisch unterstützt von ihrem Gatten, dem General des 1. Weltkriegs und Hitler-Putsch-Gefährten von 1923, Erich Ludendorff. Die Schriften der Gründer sind bis heute für die Ludendorffer uneingeschränkt maßgebend.

Die Lehre der Ludendorffer ist ein Konglomerat aus Verschwörungstheorien. Ein paar Zitate: Dieser Herrenmenschenglaube teilt die Menschen in „Licht- und Schachtrassen". Die nordischen „Lichtrassen" seien „dem Göttlichen nahe", die „Schachtrassen" „unvollkommen und sündhaft". Die einen seien von Natur aus zum Herrschen, die anderen zum Dienen bestimmt. „Deutsche Gotterkenntnis ist abhängig vom Rasseerbgut", heißt es bei Mathilde. Aus diesem Grund führe „Blutsmischung" zum „Vokstod". Das „entwurzelte jüdische Volk" erstrebt die Weltherrschaft in Gestalt von Kommunismus, Freimaurertum und katholischer Kirche, die in Wahrheit „verjudete" Inhalte vertritt. Deutsche Kinder würden durch eine „verjudete christliche Erziehung" geschädigt. Der Weltanschauungsbeauftragte der evangelischen Landeskirche Hannover nennt die Ludendorffer „eine Gefahr für die Demokratie".

Dass Ludendorffer auch vor Ort keineswegs harmlos und friedlich sind, haben sie in Dorfmark längst bewiesen. Ostern 2010 griff eine Gruppe von Ludendorffern Journalisten an, die den prominenten Altnazi Hajo Herrmann fotografieren wollten. Mehrfach in Dorfmark dabei war der bekannte Nazi-Aktivist Steffen Hupka. 2012 erging er sich erst in Drohgebärden und zerschlug dann die Kamera eines Journalisten. Gern gesehener Tagungs-Gast ist auch die bekannte Holocaust-Leugnerin Ursula Haverbeck-Wetzel.

Heide Bote ■

---

de: Hier steigerte die Bundeswehr ihre Präsenz von 600 auf 1000 Veranstaltungen und erreichte mit 185 000 Schülern doppelt so viele wie im Jahr 2013 (96 000). Einen Rückgang gab es dagegen bei den Vorträgen in Klassenzimmern, bei denen 139 000 Schüler erreicht wurden, 50 000 weniger als im Jahr davor. Solche Vorträge fanden an über 1500 Schulen im ganzen Bundesgebiet statt.

Während es Aufgabe der Karriereberater ist, die Bundeswehr als vermeintlich attraktiven Arbeitgeber darzustellen, kümmern sich Jugendoffiziere darum, für die politische Legitimität der Bundeswehr und ihrer Einsätze zu werben. Sie erreichten 119 000 Schülerinnen und Schüler, das sind rund 2000 mehr als im Vorjahr. Die meisten von ihnen wurden in Form von Vorträgen (81 000) erreicht. Angesichts insgesamt sinkender Schülerzahlen zeugt auch dies davon, dass die Bundeswehr ihre Anstrengungen an Schulen mit hoher Intensität verfolgt.

An Besuchen in Kasernen beteiligten sich insgesamt fast 37 000 Schüler.

Auch die Lehrkörper stehen im Fokus der Jugendoffiziere: 11 855 Referendare und Lehrer nahmen an zum Teil mehrtägigen Fortbildungsveranstaltungen der Bundeswehr teil. Sie lernen dort, was sie später den Schülern als vermeintlich objektives Wissen vermitteln sollen. Aus meiner Sicht ist das eine besonders perfide Art eines militärisch eingebetteten Unterrichts, die der Verpflichtung eines neutralen Bildungsangebotes nicht gerecht wird.

Die vollständigen Antworten können hier heruntergeladen werden.

Ulla Jelpke, MdB ■

Roter Teppich für Marine Le Pen in New York, Ungemach zu Hause in ihrer Partei

So sieht Marine Le Pen dies gerne: wenn ihr der rote Teppich ausgerollt wird. Auf buchstäbliche Weise, und nicht nur im übertragenen politischen Sinne, geschah dies vor wenigen Tagen in New York. Das „Time Magazine" hatte die Chefin des französischen Front National unlängst, zum zweiten Mal seit dem Frühjahr 2011, unter die – laut dieser Zeitschrift – „einhundert wichtigsten Persönlichkeiten des Jahres" gewählt. Neben dem jungen griechischen Premierminister Alexis Tsipras, dem nordkoreanischen Operettendiktator Kim Jong-Un und der Anwärterin auf die US-Präsidentschaft, Hillary Clinton. Aus diesem Anlass durfte die 46jährige am Dienstag, den 21. April dieses Jahres an einem Empfang des Magazins in New York teilnehmen[1], wo sie im Wortsinne auf dem roten Teppich defilieren durfte, wie auch Naomi Campbell oder Kim Kardashian.

Als einzige Französin mit dabei, marschierte Marine Le Pen im blauen Anzug an respektive auf, denn „marineblau" ist ihre Wahlkampffarbe, neben ihrem Vizevorsitzenden und Lebensgefährten Louis Aliot im Smoking und blauen Bodyshirt. (Ausgerechnet an einem symbolträchtigen Datum, denn nennt man „den 21. April", dann denkt man in Frankreich an jenen Tag im Frühjahr 2002, an dem Jean-Marie Le Pen erstmals in die Stichwahl um die französische Präsidentschaft einziehen konnte.) Auch an das weniger an Glamour gewohnte Publikum ihrer Partei zu Hause wurde gedacht. „Ich spreche doch kein Englisch; ich, ich bin Französin!" raunzte sie dem Berichterstatter der Pariser Abendzeitung Le Monde zu[2]. Um zu ergänzen: „Das vergessene Frankreich wird von uns nicht vergessen."

Ob es sich so anfühlt, wenn Parvenüs aufmarschieren? Dies mag im Augenblick noch dahingestellt bleiben – sollte die rechtsextreme Partei ja eine mehr oder minder bedeutende Parzelle an Machtbeteiligung abbekommen (was lieber verhindert werden möge), dann würde sich dies schon sehr bald näher herausstellen.

Unterdessen ist nicht alle Ungemach „zu Hause" vergessen oder gar bewältigt. Noch steht die Entscheidung bevor, was nun mit ihrem mitunter vorlauten Alten, pardon: Vater und Vorgänger im Parteivorsitz passieren soll, also Jean-Marie Le Pen. Am Freitag, den 17. April 2015 wurde zwar entschieden, dass die Spitzenkandidatur in Südostfrankreich (in der Region PACA, für Provence-Alpes-Côte d'Azur, im Raum von Marseille bis Nizza) für die Regionalparlamentswahl im Dezember 2015 nicht an den bis dahin 87jährigen gehen wird. Am Montag zuvor, den 14. April, hatte der unter Kritik stehende Jean-Marie Le Pen zugunsten seiner Enkelin Marion-Maréchal Le Pen auf diese Spitzenkandidatur verzichtet. Ein Nebenbuhler, der ewig glücklose Bruno Gollnisch, tauchte aus der Versenkung auf, meldete seinen Antrag auf die Spitzenkandidatur an – und versank alsbald wieder, indem er ihn zurückzog. Erwartungsgemäß wurde die 25jährige Parlamentsabgeordnete also für die Spitzenkandidatur nominiert.

Doch es stellt sich noch die Frage, ob die jüngsten verbalen Ausfälle Jean-Marie Le Pens vom 2. und 9. April betreffend den Holocaust, Pétain sowie die aktuelle Parteiführung (vgl. AN 08/15) noch eventuelle disziplinarrechtliche Folgen haben sollen. Ursprünglich sollte auch darüber beraten werden, doch diese Frage wurde vertagt. Aufgeschoben werden musste ihre Behandlung auch deswegen, weil Jean-Marie Le Pen sich vom 16. bis 19. April wegen eines Herzproblems – er beeilte sich zu versichern, es sei „nicht gravierend" – in klinischer Behandlung befand. Eventuelle Zusammenhänge mit dem jüngsten Sägen an seinem Stuhl sind schwer zu bestätigen. Nunmehr soll die Führungssitzung, auf der über eventuelle innerparteiliche Sanktionen gegen den alternden Parteigründer und „Ehrenvorsitzenden" diskutiert werden soll, am Montag, den 4. Mai 2015 stattfinden. Bis dahin ist es, jedenfalls nach außen hin, vorläufig erst einmal relativ ruhig um die innerparteilichen Konflikte (welche in den Medien oft als „Familienstreitigkeiten" abgehandelt werden) geworden.

Nicht alle in seiner Partei sind unterdessen darüber glücklich, dass der alternde Parteigründer einmal mehr allzu offensichtlich in seinen eigenen Fußstapfen wandelt. Angefangen bei seiner Tochter Marine Le Pen, die noch am Tag des ersten umstrittenen Interviews ihres Vaters vom 2. April 2015 (mit neuerlichen Auslassungen zur Judenvernichtung) ihr „tiefes Uneinverständnis" mit ihrem Vater bekundete. Der ihr nahe stehende Parlamentsabgeordnete der extremen Rechten Gilbert Collard, ein medienträchtiger Anwalt, beeilte sich, per Twitter seinen Widerspruch zu bekunden. Die Shoah sei „das Grauen des Grauens", und Jean-Marie Le Pen sei inzwischen „ein wandelndes Flugblatt für Manuel Valls", den sozialdemokratischen Premierminister, also den derzeitigen politischen Hauptgegner. Der politische Zwist war nicht nur gefaked, und Jean-Marie Le Pen konterte bei Twitter umgehend öffentlich zurück: „Halt doch Dein Maul! Du Collard!", was ganz offensichtlich eher connard – also ungefähr „Vollidiot" – heißen sollte.

Streit um die Ausrichtung der extremen Rechten

Keineswegs vollständig gesichert ist allerdings, dass solche Ausfälle der modernisierten neofaschistischen Partei auch wirklich schaden. Die Pariser Abendzeitung Le Monde zitiert etwa die in den USA unterrichtende französische Sprachwissenschaftlerin Cécile Alduy: „Diese Art von Aussprüchen schwächt nicht unbedingt Marine Le Pen. Es verstärkt des Storytelling bezüglich der ‚Entdiabolisierung',„ – die seit Januar 2011 amtierende Parteichefin rief seitdem ihre Strategie der dédiabolisation aus, unter anderem durch Distanzierung von jeglichem offenen Antisemitismus – „und erlaubt es Marine Le Pen, sich von ihrem Vater zu unterscheiden, indem sie angibt, es bestehe eine tiefgreifende Differenz." Zugleich, so lässt sich hinzufügen, bleibt der Partei weiterhin die Aufmerksamkeit erhalten.

Drei Wochen nach ihrer Übernahme des Parteivorsitzes hatte Marine Le Pen im Wochenmagazin Le Point vom 3. Februar 2011 erklärt, die Konzentrations- und Vernichtungslager der Nationalsozialisten seien „der Gipfel der Barbarei". Seitdem wird sie in aller Regel mit Vorwürfen bezüglich eventueller Spuren von Antisemitismus vollkommen in Ruhe gelassen. Tatsächlich ist die 46jährige selbst der Auffassung, wie andere Angehörige ihrer Generation innerhalb der extremen Rechten, dass heute keine politischen oder ideologischen Erfolge mit dem Versuch einer Rehabilitierung des historischen Faschismus oder Nazismus zu erzielen seien – dies seien die Schlachten von gestern, die bereits verloren und abzuschreiben seien. Entsprechend verzichtet sie auf Geschichtsrevisionismus, aber auch auf expliziten Antisemitismus, zumal ihr Lebensgefährte Louis Aliot in der Großelterngeneration

aus dem jüdischen Segment der französischen Kolonialgesellschaft in Algerien stammt.

Auch der Vorsitzende des seit den 1990er Jahren ausgesprochen konservativ dominierten jüdischen Dachverbands CRIF, Roger Cukierman, attestierte Marine Le Pen am 23. Februar 2015, ihr sei „persönlich unbescholten“, ihr sei nichts vorzuwerfen. Ihre Partei hingegen gelte es „zu vermeiden“, wegen „der Holocaustleugner, Vichy- und Pétain-Anhänger“ in ihren Reihen. Damit reduzierte er allerdings das Problem der extremen Rechten fast allein auf ihre Ewiggestrigen, denn jene beim FN, die sich positiv auf Pétain beziehen – es gab sie in der Vergangenheit zur Genüge – sind allmählich weggestorben, und die jungen Generationen der extremen Rechten interessieren sich eher wenig für den schon bei Machtantritt im Jahr 1940 greisen Marschall. Und während Marine Le Pen munter einen ethnisch grundierten Nationalismus predigt und die soziale Frage systematisch zu einer „nationalen Frage“ umbiegt, die es durch Protektionismus, einen lenkenden Staat und einen Pakt von nationaler Arbeit und nationalem Kapital zu lösen gelte, scheint dies alles unproblematisch, so lange sie es nur nicht mit offenem Antisemitismus verbindet. Eine höchst problematische Sichtweise. Cukierman ist allerdings für seine persönliche Rechtslastigkeit bekannt und hatte bereits 2002 einem Wahlerfolg des damaligen Kandidaten Jean-Marie Le Pen zugute gehalten, er signalisiere immerhin „den jungen Moslems, sich ruhig zu verhalten“.

Jedenfalls in der Frage des Antisemitismus gibt es, jenseits der Inszenierung und einer möglichen taktischen Arbeitsteilung, tatsächlich einen echten ideologischen Dissens zwischen verschiedenen Protagonisten innerhalb der Partei: Während Louis Aliot etwa der wiederholt verbreiteten Auffassung ist, dass „unsere Verteufelung allein an dem uns unterstellten Antisemitismus hängt“ – man müsse also nichts am Ethno-Nationalismus der Partei ändern, jedoch lediglich den Antisemitismus verabschieden –, würde Jean-Marie Le Pen genau dies als ein „Sich-Verkaufen ans System“ betrachten.

Doch es kommt aktuell noch ein weiterer Streitpunkt hinzu. Denn Jean-Marie Le Pen kritisierte in seinem Interview mit der altfaschistischen Wochenzeitung ‚Rivarol’ vom 9. April auch offen die aktuelle sozialpolitische Ausrichtung im Diskurs seiner Nachfolgerin Marine Le Pen. Diese steht für eine stark sozialdemagogisch ausgerichtete Wahlstrategie, die man als eine Art – moderater als das historische Pendant auftretende – zeitgenössische Variante des „Strasserkurses“ beim so genannten „linken“ oder „sozialistischen“ Flügel der NSDAP bezeichnen könnten. Allerdings mit der Besonderheit, dass das Parteivorstandsmitglied Florian Philippot mit seinem betont staatstragenden Auftreten – er kommt ursprünglich aus dem Lager des nationalistisch abgedrifteten Ex-Sozialdemokraten, früheren Innenministers und EU-Kritikers Jean-Pierre Chevènement – dabei eher für eine Variante der „National-Sozialdemokratie“ steht. Philippot wurde aufgrund seiner Kombination aus betont „sozialem“ Diskurs und staatsmännisch-republiktragendem Auftreten von Marine Le Pen in den letzten drei Jahren stark in den Vordergrund gespielt. Allerdings steckt er derzeit in der Defensive, weil es innerhalb der Partei doch erheblichen Unmut darüber gibt, dass Philippot zu weit gegangen sei. Nicht nur forderte er fast unverhohlen den Rausschmiss Jean-Marie Le Pens aus der Partei, sondern er erklärte auch noch öffentlich, selbst nie für den FN gestimmt zu haben, so lange Jean-Marie Le Pen (und nicht Marine) an dessen Spitze gestanden hatte. Das kam bei vielen alten Kämpen nun wirklich nicht gut an. (Hinzu kommt dann wohl auch noch seine, inzwischen notorische, Homosexualität; diese wird jedoch auch von anderen hohen Parteifunktionären geteilt.)

Die erwähnte Sozialdemagogie überdeckt zwar oft nur notdürftig die tatsächliche, elitäre Ausrichtung der Partei. Marine Le Pen spielte etwa, aus taktischen Gründen, im Januar 2015 die Sympathisanten von Syriza in Griechenland – um den argumentativen Hauptschlag gegen die EU zu führen –, doch als die griechische Linkspartei nach ihrem Wahlsieg vom 25. Januar d.J. über die Streckung von Schulden neu verhandeln wollte, wandte sich der FN in einer Stellungnahme sofort strikt gegen eine solche „unverantwortliche“ Idee. Und im Bezirksparlamentswahlkampf im März 2015 wandte sich der FN vielerorts gegen die (von Bezirksregierungen gewährten) Sozialleistungen und angebliche „Sozialbetrüger“ – eine Tatsache, die übrigens von manchen Parteifunktionären im Nachhinein als Grund dafür genannt wurde, warum man doch „nur“ 25 Prozent und nicht die erwarteten über dreißig Prozent der Stimmen erhielt.

Als Beispiel dafür, warum die Partei unter Marine Le Pen auf einen sträflich sozial-versprecherischen Kurs gegangen sei, nannte Jean-Marie Le Pen die oberflächliche Anpassung der rechtsextremen Partei in ihrem Diskurs zur Rentenproblematik. Unter dem Eindruck der starken sozialen Protestbewegung im Sommer und Herbst 2010 gegen die Anhebung des Rentenalters hatte Marine Le Pen auf einen Schlag das im Internet publizierte Programm ihrer Partei ausgetauscht – und die bis dahin bestehende Befürwortung einer Anhebung des Rentenalters (Mindestalter auf 65 statt bislang 60) sowie einer Teilprivatisierung des Rentensystems formal gestrichen. Vordergründig forderte nun auch der FN, aus wahl- und diskurstaktischen Gründen, die Beibehaltung eines Mindest-Renteneintrittsalters mit 60. Ihr Vater gab nun jedoch in dem Interview zu verstehen, dies hätte nicht sein dürfen. Zu viel Strasser ist nicht gut (… wenn man auf Hitler und Pétain abfährt?).

Vor allem die gar zu ungeschminkten Ausführungen zu Pétain, und zum „Verrat“ durch „die Seinen“, ließen wohl bei Marine Le Pen und anderen Führungsleuten die Galle überlaufen. Die Tochter forderte nunmehr den Vater in der Öffentlichkeit explizit dazu auf, die aktive Politik zu verlassen. Ihr Vizepräsident, der manchen Leuten in der Partei als zu moderat auftretender „Technokrat“ geltende Florian Philippot, forderte ihn seinerseits aus, sich doch bitte lieber einen Parteiaustritt zu überlegen. (Was ihm aber anscheinend in Teilen des FN krumm genommen wird.) Der Lebensgefährte der Parteichefin, Louis Aliot, sprach von einem „nicht wieder zu kittenden Bruch“ mit dem Alten – sprach sich jedoch gegen einen Parteiausschluss aus; und zwar weil er selbst ursprünglich, als damals circa 19jähriger – es war 1988 –, „wegen Jean-Marie Le Pen zur Partei gekommen“ sei.

Laut jüngsten Umfragen sprechen sich übrigens 91 Prozent der befragten Französinnen und Franzosen und 87 Prozent der befragten FN-Wähler/innen dafür aus, dass Jean-Marie Le Pen in den politischen Ruhestand wechseln solle[3]. Und 67 Prozent der Sympathisant/inn/en wünschen ähnlichen Quellen zufolge auch seinen Rückzug aus der Partei[4].

Allerdings steht zu vermuten, dass es in der aktiven Mitgliedschaft noch Kräfte gibt, die einen alsbaldigen Abgang des Alten ungern sähen, da er in ihren Augen noch dazu da ist, eine zu starke ideologische „Aufweichung“ zu verhindern. Eine solche dürfte zwar nicht anstehen; und 65 Prozent geben in der Umfrage auch logisch richtig an, ein Abgang Jean-Marie Le Pens würde „nichts an ihrer Sichtweise auf die Partei ändern“.

Bernard Schmid, Paris ■

1 Vgl. bspw. http://www.leparisien.fr/politique/new-york-marine-le-pen-savoure-une-certaine-reconnaissance-au-gala-de-time-22-04-2015-4714693.php oder http://www.huffingtonpost.fr/2015/04/21/marine-le-pen-gala-time-etranger-dediabolisation-deux-vitesse_n_7106194.html

2 Vgl. http://www.lemonde.fr/politique/article/2015/04/22/marine-le-pen-a-new-york-en-francais-dans-le-texte_4620265_823448.html

3 Vgl. http://www.lefigaro.fr/flash-actu/2015/04/10/97001-20150410FILWWW 00378-sondage-9-francais-sur-10-contre-le-pen-pere.php

4 Vgl. http://www.lefigaro.fr/flash-actu/2015/04/11/97001-20150411FILWWW00028-jean-marie-le-pen-67-des-sympathisants-fn-souhaitent-son-depart.php

Genug ist genug: Gegen das Sterbenlassen auf dem Mittelmeer

Trauerkundgebung und Demonstration zum Senator des Inneren: Montag, 20. April 2015, 17 Uhr, Marktplatz Bremen

400 Tote vor 4 Tagen, jetzt 700 Tote – unvorstellbare Zahlen, aber es ist leider die grausame Wahrheit: Allein bei zwei Bootskatastrophen binnen einer Woche sind mehr als 1000 Menschen im Zentralen Mittelmeer zwischen Libyen und Italien ums Leben gekommen. Und das sind nur die offiziellen Zahlen. Hinzu kommen mehrere „kleinere" Unglücke mit ebenfalls dutzenden Toten.

Ein Aufschrei ist nötig! Sämtliche dieser Toten wären verhinderbar gewesen. Denn hätte die EU nicht Ende letzten Jahres auf maßgeblichen Druck von Deutschland das italienische Seenotrettungsprogramm Mare Nostrum gestoppt und durch die viel kleinere Frontexoperation Triton ersetzt (welche die europäischen Grenzen „schützen", nicht aber Menschen retten soll), wäre es wahrscheinlich möglich gewesen, die jetzt ums Leben gekommenen Bootsflüchtlinge rechtzeitig zu retten.

Doch selbst Mare Nostrum reicht nicht! Wir fordern vielmehr, dass Bootsflüchtlinge auf den täglich über das Mittelmeer pendelnden Fähren Europa sicher und kostengünstig erreichen können. Das Massensterben könnte bereits morgen Geschichte sein – wenn es nur gewollt wäre! Und auch wäre es möglich, auf diese Weise den zu Recht an den Pranger gestellten Schleusern von einem Tag auf den nächsten die Geschäftsgrundlage zu entziehen!

Wann, wenn nicht jetzt? Lasst uns auf die Straße gehen!

Quelle: NoLager Bremen/Afrique-Europe-Interact 20.04.2015 ■

Entrechtung stoppen – Asylgesetz kippen!

Rund 50 Refugee-Aktivistinnen und Unterstützerinnen fanden sich am 16. April 2015 auf dem Marktplatz in Lutherstadt Wittenberg zu einer Kundgebung zusammen.

Auftakt der Veranstaltung bildete eine Pressekonferenz, bei der die Geflüchteten aus dem Landkreis insbesondere über die schwierige Lebenssituation im Landkreis und über die Praktiken der lokalen Behörden berichteten. Zentrale Forderungen der Geflüchteten sind zum Einen ein Bleiberecht für alle langjährigen Geduldeten und der Rücktritt der Ausländerbehörde. Am Anschluss wurden im Rahmen der Kundgebung über die anstehenden Asylrechtsverschärfungen und den Konsequenzen für die Betroffenen informiert und protestiert.

Bereits im Vorfeld der Kundgebung kam es zu rassistischen Äußerungen und Provokationen seitens örtlicher Neonazis rund um den Marktplatz. NPD-Werbematerial wurde verteilt. Trotz einer Festnahme und mehreren Platzverweisen durch die Polizei, hielten sich über die gesamte Dauer der Kundgebung mehrere Nazis in Blickweite am Rand des Marktplatzes auf.

Quelle: http://antiranetlsa.blogsport.de 18.04.2015 ■

Fähren statt Kriegsschiffe!

„Dass die Europäische Union jetzt sogar militärische Einsätze gegen Flüchtlingsboote erwägt, zeigt die ganze Scheinheiligkeit der offiziellen Trauerbekundungen über den hundertfachen Tod im Mittelmeer", erklärt Ulla Jelpke. Die innenpolitische Sprecherin der Fraktion DIE LINKE weiter:

„Durch die Verlautbarungen der EU-Verantwortlichen zieht sich eine abscheuliche Kriegsrhetorik. Das 10-Punkte-Programm, das die EU-Innenminister als Arbeitsgrundlage abgesegnet haben, fordert, sich von der Militärmission Atalanta, die vor Somalia Jagd auf Piraten macht, ‚inspirieren' zu lassen. Das Mandat von Atalanta erlaubt unter anderem die Zerstörung mutmaßlicher Piratenschiffe sowohl auf See als auch an Land. Dementsprechend will die EU nun auch Flüchtlingsboote bereits an der afrikanischen Küste zerstören.

So sieht also die Antwort der EU auf das Flüchtlingselend aus. Dieser Krieg, der sich vorgeblich gegen Schleuser richtet, wird ein Krieg gegen Flüchtlinge werden. Denn die Schleuser sind schließlich nur ein hausgemachtes Produkt der EU: Würde sie Flüchtlingen endlich die Möglichkeit eines legalen Zugangs zum europäischen Asylrecht einräumen, wären diese gar nicht erst auf Schleuser angewiesen.

Es ist erbärmlich, dass die EU im vorigen Jahr zu geizig war, das Rettungsprogram Mare Nostrum fortzuführen, aber jetzt genügend Geld für einen Militäreinsatz übrig hat.

Wenn die EU ihre nun verstärkt ausgedrückten Trauerbekundungen wirklich ernst meint, muss sie auch entsprechend handeln: Nicht Kriegsschiffe an die afrikanische Küste schicken, sondern Fähren, um die Flüchtlinge nach Europa zu bringen, damit sie dort ohne Lebensgefahr ihre Fluchtgründe vorbringen können."

Quelle: http://www.ulla-jelpke.de 22.04.2015 ■

http://antiranetlsa.blogsport.de



Flucht ist kein Verbrechen!

Im Rahmen einer bundesweiten Aktionswoche zogen 300 Menschen am frühen Freitagabend (17.4.2015) mit einem Demonstrationszug durch die Innenstadt Münsters. Anlass war das „Gesetz zur Neubestimmung des Bleiberechts und der Aufenthaltsbeendigung", welches im Mai im Bundestag verabschiedet werden soll. Kernstück des Gesetzespakets ist die Ausweitung der Abschiebehaft sowie von Einreise- und Aufenthaltsverboten. „Das Gesetz ist ein gravierender Angriff auf die Rechte von Geflüchteten und Migrant_innen" bewertete Friederike Rosenthal von der antirassistischen initiative Münster in Ihrem Redebeitrag das Vorhaben der Großen Koalition. Das Gesetz beinhalte zwar auch Verbesserungen im Bleiberecht für langjährig Geduldete, diese kommen aber nur wenigen zugute. Personengruppen sollen hier gegeneinander ausgespielt werden: Verbesserungen für langjährig Geduldete sollen mit Verschlechterungen bei neu ankommenden Geflüchteten aufgerechnet werden.

Das Bündnis gegen Abschiebungen aus Münster kritisierte, dass das geplante Gesetz PEGIDA entgegenkomme und forderte mehr Zivilcourage, sich gegen Abschiebungen einzusetzen. Wie das funktionieren kann, zeigt sich unter anderem in Osnabrück. NoLager Osnabrück berichtete, dass sie bisher 33 Abschiebungen verhindern konnte, indem Unterstützer_innen bei drohenden Abschiebungen die Eingänge von Unterkünften blockierten. In zahlreichen anderen Städten hatte diese Methode ebenfalls Erfolg. Der abschließende Beitrag der Gruppe ausbrechen aus Paderborn forderte, Abschiebehaft endlich „auf den Müllhaufen der Geschichte zu befördern". Das Abschiebegefängnis in Büren bei Paderborn musste nach einem Urteil des Europäischen Gerichtshofs geschlossen werden. Auch bundesweit

gingen die Zahlen der Abschiebehäftlinge stark zurück. Nach den jetzigen Plänen des Gesetzgebers soll es wieder mehr Inhaftierungen geben, indem zahlreiche neue Inhaftierungsgründe eingeführt werden.

Quelle: http://www.asylrechtsverschaerfung-stoppen.de 20.04.2015 ■

Deutschland und Europa leisten Beihilfe zum Tod tausender Menschen

Bundesinnenminister lehnt einen EU-Seenotrettungsdienst ab

PRO ASYL: Europäische Seenotrettung ist das Gebot der Stunde

Der Bundesinnenminister de Maizière lehnte heute im ZDF eine EU-Seenotrettung ab. Diese wäre „das beste Geschäft für Schlepper", erklärte de Maizière.

PRO ASYL ist empört über diese ablehnende Haltung. „Die Bundesregierung macht sich mitschuldig", erklärt Günter Burkhardt, Geschäftsführer von PRO ASYL. „Wer einen europäischen Seenotrettungsdienst ablehnt, leistet Beihilfe zum Tod tausender Menschen. Rettung ist das Gebot der Stunde".

Am Wochenende sind wahrscheinlich 400 Bootsflüchtlinge gestorben. Ihr Boot kenterte im Mittelmeer auf dem Weg nach Italien. Damit sind in 2015 mindestens 900 Flüchtlinge an Europas Grenzen ums Leben gekommen. Im ersten Quartal 2014 hat sich die Zahl der Toten gegenüber dem Vorjahreszeitraum verzehnfacht. Ein weiterer Anstieg ist zu befürchten, da die meisten Flüchtlinge in den Sommermonaten aufbrechen.

PRO ASYL, UNHCR und andere Menschenrechtsorganisationen fordern die sofortige Einrichtung eines eigenen Seenotrettungsdienstes der EU. Eine Rettungsmission wird jedoch bisher allen voran von Deutschland abgelehnt, da ein Pull-Effekt befürchtet wird – wenn die Überfahrt gefährlicher ist, wagen sich weniger Menschen auf die Boote, so das zynische Kalkül. Die aktuellen Zahlen beweisen einmal mehr das Gegenteil: Verstärkte Kontrolle und mehr Überwachung hindert Menschen in Not nicht daran, sich auf den Weg zu machen. Die Lage in Syriens Nachbarländern und die Gewalt in Libyen sind so dramatisch, dass Flüchtlinge in diesem Jahr trotz aller Gefahren selbst in den Winter und Frühjahrsmonaten die Überfahrt wagen.

Eine europäische Seenotrettung und die Öffnung legaler Wege nach Europa sind dringender denn je. Die Länder Europas dürfen nicht länger zusehen, wie Flüchtlinge aus Kriegs- und Krisengebieten vor verschlossenen Grenzen stehen und bei dem verzweifelten Versuch ihr Leben zu retten ertrinken.

Quelle: Presseerklärung Pro Asyl 16.04.2015 ■

Flüchtlingszentren Nordafrika – Absage an de Maizière

Der Forderung von Bundesinnenminister de Maizière nach Flüchtlingszentren in Nordafrika haben die UN eine klare Absage erteilt. Der Aufbau solcher Zentren sei unmöglich, die Debatte nur hypothetisch.

Die Einrichtung von Flüchtlingszentren in Nordafrika ist laut UN keine Option, um Bootstragödien im Mittelmeer zu verhindern. Die Gewalt in Libyen mache den Aufbau solcher Zentren für Migranten aus anderen afrikanischen Ländern unmöglich, erklärte der Sprecher des Flüchtlingshilfswerks UNHCR, Adrian Edwards, am Freitag in Genf. Er sprach von einer hypothetischen Debatte. Die meisten Flüchtlinge, die von Afrika nach Europa gelangen wollten, harrten in Libyen aus.

Nach unterschiedlichen Schätzungen warten bis zu eine Million Menschen in Libyen auf eine Passage über das Mittelmeer. Bundesinnenminister Thomas de Maizière (CDU) plädierte angesichts der jüngsten Tragödien im Mittelmeer für Einrichtungen in Transitländern, an die sich Flüchtlinge für eine legale Einreise nach Europa wenden könnten.

Amnesty: Asylantrag schon in Afrika ermöglichen

Die Justiz- und Innenminister der Europäischen Union hatten solche Konzepte diskutiert, sich aber noch nicht auf konkrete Schritte geeinigt. Auch Amnesty International fordert, Flüchtlingen bereits in Nordafrika die Möglichkeit zu geben, Asyl in Europa zu beantragen.

Bei Unglücken mit seeuntauglichen Schlepper-Booten im Mittelmeer starben in den vergangenen Tagen laut Internationalen Organisation für Migration sehr wahrscheinlich 450 Menschen. Seit Beginn des Jahres sind nach Angaben des UNHCR rund 950 Männer, Frauen und Kinder bei der Passage ums Leben gekommen. In den ersten vier Monaten 2014 seien rund 90 Todesopfer zu beklagen gewesen. (epd/mig)

Quelle: http://www.migazin.de 20.04.2015 ■

Versuchte Selbstverbrennung in Lingen

Der Flüchtlingsrat Niedersachsen fordert Konsequenzen aus der Verzweiflungstat des marokkanischen Flüchtlings Hamid R., der sich am späten Samstagabend in Lingen durch Selbstverbrennung das Leben nehmen wollte und derzeit schwer verletzt in einer Gelsenkirchener Fachklinik liegt. Glücklicherweise ist er inzwischen außer Lebensgefahr. Hintergrund des Suizidversuches war die bevorstehende Abschiebung des 36-jährigen Marokkaners nach Bulgarien. Diese sollte am Montag (20. April) erfolgen.

Unter Bezugnahme auf die einschlägigen Berichte von Menschenrechtsorganisationen über schwerwiegende Menschenrechtsverletzungen an Flüchtlingen in Bulgarien fordert der Flüchtlingsrat, Abschiebungen nach Bulgarien auszusetzen. Es ist aus menschenrechtlicher Perspektive skandalös, dass schon das Versprechen der bulgarischen Regierung, die unmenschlichen Lebensbedingungen in Bulgarien verbessern zu wollen, ausreichen soll, um Abschiebungen dorthin zu rechtfertigen, obwohl weiterhin eine Fülle von Beschwerden darüber vorgebracht werden, dass Flüchtlinge in Bulgarien auch weiterhin systematisch inhaftiert, misshandelt und in illegalen „push-back-Aktionen" außer Landes gebracht werden. Näheres siehe die Presseerklärung von PRO ASYL vom 16.04.2015.

Weiterhin fordert der Flüchtlingsrat, dass bei Verdacht auf das Bestehen einer Traumatisierung und Suizidgefahr Abschiebungen zunächst grundsätzlich ausgesetzt werden. Flüchtlinge, die von Abschiebung bedroht sind, können im Zeitraum von einer Woche, die ihnen für die Einlegung von Klage und Eilantrag gegen Abschiebungsbescheide im Rahmen des Dublin-Verfahrens bleibt, keine fachärztlichen Gutachten vorlegen, das den gerichtlichen Anforderungen an die Glaubhaftmachung eines posttraumatischen Belastungssyndroms genügt. Es ist auf keinen Fall hinzunehmen, dass ärztliche Bescheinigungen, die ausdrücklich das Vorliegen einer „Reiseunfähigkeit" bestätigen, schlicht unbeachtet bleiben. Dies betrifft nicht nur das BAMF als zuständiger Ausländerbehörde, sondern ausdrücklich auch die Ausländerbehörde, die den Vollzug durchführt. Bei Vorliegen entsprechender Diagnosen muss vor dem Vollzug von Abschiebungen zwingend eine fachärztliche Untersuchung und Behandlung ermöglicht werden! …

Quelle: Flüchtlingsrat Niedersachsen 21.04.2015 ■

EU-Kommission mahnt Deutschland wegen Sprachtests im Ausland

Die EU-Kommission hat ein Vertragsverletzungsverfahren gegen Deutschland eingeleitet wegen den umstrittenen Sprachtests im Ausland vor einem Ehegattennachzug. Das teilt die Bundesregierung auf eine parlamentarische Anfrage der Linksfraktion im Bundestag (BT-Drs. 18/4598) mit, die dem MiGAZIN vorliegt.

Hintergrund des Verfahrens gegen Deutschland ist der Doğan-Urteil des Europäischen Gerichtshofs (EuGH) vom Sommer letzten Jahres. Darin hatte der EuGH die Sprachtests im Ausland vor dem Ehegattennachzug als unzulässig eingestuft. Den Luxemburger Richtern

zufolge verstößt die Einschränkung gegen das Verschlechterungsverbot des EU-Türkei-Assoziationsabkommens.

Dieses Urteil wartet in Deutschland bis heute auf seine Umsetzung. Für die migrationspolitische Sprecherin der Linkspartei, Sevim Dağdelen; ist das „inakzeptabel“ angesichts hoher Fallzahlen. Allein im vergangenen Jahr wurde etwa jeder dritte Deutsch-Test im Ausland nicht bestanden, das betraf über 12000 Menschen. Die nach dem Doğan-Urteil eingeführte Härtefallklausel hingegen griff nur „im niedrigen zweistelligen Bereich“.

Bundesregierung sieht alles anders

Nach Darstellung der Bundesregierung hört sich das ganz anders an. Sie ist der Auffassung, dass allen denkbaren Härtefallkonstellationen Rechnung getragen wird. „Die Praxis belegt das glatte Gegenteil“, erklärt Dağdelen. „Ich möchte die EU-Kommission darin bestärken, sich nicht von irreführenden Aussagen der Bundesregierung täuschen zu lassen und das Vertragsverletzungsverfahren schnell und konsequent weiter zu betreiben“, so die Linkspolitikerin weiter.

Statt letztlich unwirksame Härtefallregelungen einzuführen, müsse die Regelung der Sprachanforderungen im Ausland zurückgenommen werden, fordert Dağdelen. Bei Nachzug zu türkischen Staatsangehörigen folge dies zwingend aus dem Doğan-Urteil. „Dass die Bundesregierung dieses höchstrichterliche Urteil ignoriert, setzt dem ideologisch motivierten Treiben die Krone auf. Das Gerede von Willkommenskultur, offener Einwanderungsgesellschaft und vom angeblichen Schutz der Familien können sich CDU, CSU und SPD sparen, wenn sie das Recht auf Familienzusammenleben beim Ehegattennachzug derart mit Füßen treten“, kritisiert die Linkspolitikerin. (bk)

Quelle: http://www.migazin.de 20.04.2015 ■

Schutz- und obdachlos in Europa trotz Flüchtlingspass

Diakonie und PRO ASYL fordern Freizügigkeit für Flüchtlinge in der EU nach Anerkennung

Flüchtlinge dürfen nicht in EU-Staaten abgeschoben werden, in denen Not und Haft droht

Das Ausmaß der erniedrigenden und unmenschlichen Behandlung von Flüchtlingen in Bulgarien reicht bis hin zur Folter in Flüchtlingsgefängnissen. Dies zeigt ein aktueller Bericht über die Situation von Flüchtlingen in Bulgarien, den PRO ASYL-Geschäftsführer Günter Burkhardt heute in Berlin dem Menschenrechtsbeauftragten der Bundesregierung, MdB Christoph Strässer, überreichte.

PRO ASYL und die Diakonie Deutschland fordern, dass Deutschland ähnlich wie bei Griechenland von Rücküberstellungen von Flüchtlingen nach Bulgarien absieht und einen sicheren Aufenthaltsstatus gewährt.

Auch in anderen EU-Staaten wie Ungarn, Malta oder Italien kommt es zu Menschenrechtsverletzungen. Flüchtlinge leiden unter Obdachlosigkeit, mangelhafter Versorgung und fehlender medizinischer Hilfe. Besonders dramatisch ist die Situation oft erst nach der Anerkennung. Dann endet meist jegliche staatliche Unterstützung. Sie sehen sich daher häufig gezwungen, in andere EU-Staaten weiterzureisen. Dort erhalten sie jedoch in der Regel aber kein Aufenthaltsrecht.

„Flüchtlinge mit erwiesenem Schutzbedarf dürfen nicht in einen EU-Staat abgeschoben werden, wo ihnen Obdachlosigkeit droht und sie keine Existenzgrundlage haben“, fordert Diakonie-Präsident Lilie. „Europa ist die Region mit den weltweit höchsten menschenrechtlichen Standards im Flüchtlingsschutz. In der Praxis wird Europa diesem Anspruch oft nicht gerecht.“

„Flüchtlingsschutz muss mehr sein als ein Stück Papier“, erklärt PRO ASYL-Geschäftsführer Burkhardt. Gemeinsam verlangen die Diakonie und PRO ASYL, dass anerkannte Flüchtlinge dorthin gehen dürfen, wo sie in Würde existieren können, Arbeit finden und die Chance auf Integration haben. „Es darf nicht sein, dass zehntausende anerkannte Flüchtlinge dauerhaft in der EU umherirren, zwischen den EU-Staaten hin- und hergeschoben werden und nirgends ankommen dürfen“, so Burkhardt.

Die Not der in der EU anerkannten Flüchtlinge ist eine Folge des Dublin-Systems. EU-Randstaaten sind hierdurch für die Durchführung vieler Asylverfahren zuständig, da die meisten Flüchtlinge hier zum ersten Mal europäischen Boden betreten haben. Bulgarien etwa reagiert einerseits mit brutaler Grenzabschottung. Wer es dennoch ins Land schafft, wird oft zügig als Flüchtling anerkannt. Mit der Flüchtlingsanerkennung verlieren Flüchtlinge jedoch meist jegliche staatliche Unterstützung, was sie zum Verlassen des Landes nötigt.

Gemeinsam verlangen die Diakonie und PRO ASYL, dass Asylsuchende selbst entscheiden können, in welchem Land der EU sie Asyl beantragen. Nach einer Anerkennung soll ihnen die volle Personenfreizügigkeit zustehen.

Wie Flüchtlinge in der EU leben, beschreibt die Broschüre „Flucht ohne Ankunft – Die Misere von international Schutzberechtigten in der EU“ (http://www.proasyl.de/fileadmin/fm-dam/q_PUBLIKATIONEN/2014/Broschuere-Flucht_ohne_Ankunft-PROASYL-Nov-2014.pdf).

Quelle: Presseerklärung Pro Asyl 16.04.2015

Abschiebehaftvollzugsgesetz vonNRW verfassungswidrig

DÜSSELDORF Der rot/grüne Gesetzesentwurf zum Abschiebehaftvollzugsgesetz des Landes NRW ist verfassungswidrig. Dieses ist das Ergebnis der heutigen (14. April 2015) Expertenanhörung im Düsseldorfer Landtag. Nach Auffassung der AG Abschiebungshaft im AK Asyl e.V. muss nun der Gesetzesentwurf zurückgenommen werden.

Nachdem Ende Juli 2014 der Bundesgerichtshof endgültig festgestellt hat, dass der Vollzug von Abschiebungshaft in NRW seit Jahren unrechtmäßig war, schloss das Abschiebegefängnis im westfälischen Büren seine Pforten.

Seitdem werden Abschiebegefangene nach Berlin oder Eisenhüttenstadt verbracht, was zu einem erheblichen Mehraufwand für die Ausländerbehörden führt. Abschiebehaft wird daher nur noch, wie es eigentlich gesetzlich vorgeschrieben ist, als „Ultima Ratio“ angewendet und die Zahl der inhaftierten Flüchtlinge ist stark gefallen.

Um die Arbeit der Ausländerbehörden zu erleichtern und damit die Zahl der Abschiebegefangenen wieder deutlich zu steigern, hat die rot/grüne Landesregierung ein Abschiebehaftvollzugsgesetzt vorgelegt, mit dem die JVA Büren wieder betrieben werden soll. Von Anfang an wurde dieses von der Fraktion der Piraten kritisiert. Um sich umgehend informieren zu können, bat die Fraktion um eine Expertenanhörung.

Normalerweise ist es üblich, dass bei einer Expertenanhörung alle Fraktionen einen Experten benennen. Dieses war heute jedoch anders. Lediglich die Fraktion der Piraten hat mit Prof. Dr. Christine Graebsch von der Fachhochschule Dortmund und Leiterin des Strafvollzugsarchivs an der FH Dortmund eine Expertin bestellt. „Es lässt sich nur mutmaßen, warum die anderen Fraktionen darauf ver-

Rede im Bundestag: Radikale Umkehr der EU-Flüchtlingspolitik

Rede zur Vereinbarten Debatte der 99. Sitzung des 18. Deutschen Bundestages zur Flüchtlingskatastrophe im Mittelmeer

Ulla Jelpke (DIE LINKE)

Frau Präsidentin! Meine Damen und Herren! Es hat in den letzten Jahren in der Tat immer wieder große Flüchtlingstragödien im Mittelmeer gegeben. Aber war das Anlass für eine Umkehr in der EU-Flüchtlingspolitik? Leider nein. Man erschreckt sich kurz, verspricht sehr viel, und dann geht alles weiter wie bisher. Ich finde, das muss jetzt endlich ein Ende haben.

(Beifall bei der LINKEN sowie bei Abgeordneten des BÜNDNISSES 90/DIE GRÜNEN)

Ehrlich gesagt: Flüchtlings- und Hilfsorganisationen sind es leid, die ewigen Betroffenheitsfloskeln der EU-Innenminister zu hören. Auch Sie, Herr Minister de Maizière, haben es vor einer Woche noch abgelehnt, „Mare Nostrum" überhaupt zu akzeptieren, und haben es als Beihilfe für Schlepperunwesen diffamiert. Ist Ihnen eigentlich klar, wie beschämend es ist, dass die EU im vorigen Jahr diese humanitäre Rettungsaktion eingestellt hat, weil nicht genug Geld dafür da war? Die EU hat damit den Tod von Hunderten von Flüchtlingen in Kauf genommen. Am Tod der 900 Menschen, die vor wenigen Tagen ertrunken sind, tragen Sie eine Mitschuld, genau wie alle anderen Innenminister, die legale Zugangswege in die Europäische Union bisher verhindert haben.

(Beifall bei der LINKEN)

Was tut not? Es muss ein radikaler Wechsel in der Flüchtlingspolitik her. Flüchtlinge, die in Europa Asyl beantragen wollen, brauchen gefahrlose Möglichkeiten der Einreise. Doch was macht die EU? Sie rüstet sich regelrecht für einen Krieg. Man sollte sich – so steht es im Zehn-Punkte-Programm der EU – von der Militärmission vor Somalia zu ähnlichen Operationen gegen Schleuser im Mittelmeer inspirieren lassen. In Zukunft sollen also Flüchtlingsboote schon an der afrikanischen Küste zerstört werden. Wie das gehen soll? Keine Ahnung. Ich sage Ihnen: Das wird ein Krieg gegen Flüchtlinge werden, der das Elend weiter verschlimmern wird.

(Beifall bei der LINKEN – Zustimmung der Abg. Luise Amtsberg (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN))

Die Linke fordert stattdessen: Schicken Sie nicht Kriegsschiffe, sondern Fähren nach Nordafrika, die asylsuchende Flüchtlinge nach Europa bringen können. Hier können sie dann Asylanträge stellen, ohne dass ein Mensch sterben muss.

Die Schleuser werden so dargestellt, als wenn sie allein schuld sind an den Flüchtlingen, die nach Europa wollen, und den Schiffskatastrophen, ganz nach dem Motto: Haltet den Dieb! Natürlich gibt es Fluchthelfer und Schleuser, die kriminell sind und die Flüchtlinge schwer ausbeuten. Aber die EU macht das Geschäft für die Schleuser doch erst möglich. Wenn man ihnen wirklich die Geschäftsgrundlage nehmen will, dann muss man Wege öffnen, damit Flüchtlinge nach Europa kommen können. Das bedeutet zum Beispiel, eine neue Visapolitik einzuführen oder andere Möglichkeiten für legale Wege nach Europa zu suchen.

(Beifall bei der LINKEN)

Die Debatte klingt immer wieder an: Fluchtursachen müssen bekämpft werden. – Wie werden sie denn wirklich bekämpft? Dazu würde es zum Beispiel gehören, eine gerechte Wirtschafts- und Handelsordnung gerade auch in Nordafrika einzuführen und damit aufzuhören, subventionierte Nahrungsmittel nach Afrika zu schicken und so die heimischen Märkte dort zu zerstören.

(Beifall bei der LINKEN)

Das Leerfischen der afrikanischen Küstengewässer durch EU-Fangflotten einzustellen, damit die Menschen dort eine Lebensgrundlage haben, wäre ein weiterer wirklicher Beitrag im Kampf gegen Fluchtursachen. Das würde den Flüchtlingen eine Perspektive in ihren Ländern geben können.

(Beifall bei Abgeordneten der LINKEN)

Begreifen Sie bitte: Die Abschottung funktioniert nicht, sie macht die Überfahrten über das Mittelmeer nur gefährlicher und treibt die Zahl der Todesopfer hoch. Deshalb fordert die Linke ganz klar – übrigens auch die Flüchtlingsorganisationen -: Eine Rettungsoperation wie „Mare Nostrum" muss wieder her.

(Beifall bei der LINKEN)

Und: Flüchtlinge müssen in weitaus größerem Umfang hier aufgenommen werden. Für Menschen in Not müssen legale und gefahrlose Fluchtwege geschaffen werden, sonst wird die Tragödie in einigen Monaten hier erneut Thema sein.

---

zichtet haben", so Frank Gockel, Pressesprecher der AG Abschiebungshaft im AK Asyl e.V. Gockel: „Sicherlich wird es sehr schwer sein, jemanden zu finden, der den Gesetzesentwurf nicht für verfassungswidrig hält."

Dementsprechend äußerte sich auch Frau Graebsch in der Anhörung: „Das vorgeschlagene Gesetz ist […] in mehrfacher Hinsicht verfassungs- und europarechtswidrig", so ihre Kernaussage.

Graebsch kritisiert, dass Grundrechte, wie die körperliche Unversehrtheit, das Briefgeheimnis oder die Informationsfreiheit eingeschränkt werden, ohne dass festgelegt wird, wie dieses erfolgen soll. Auch gibt es keine Regelungen für die Bedürfnisse von besonders schutzbedürftigen Personen, wie Kinder und Jugendliche, Traumatisierte oder schwerstkranke Menschen. Außerdem gibt es keinerlei Änderungen beim Vollzug, wie er vorab in Büren durchgeführt wurde, da noch immer das Strafvollzugsgesetz gilt.

Frank Herrmann von der Fraktion der Piraten teilte noch während der Expertenanhörung die Meinung von Frau Graebsch, als sie fordert, die Inhaftierung zum Zwecke der Abschiebung auszusetzen. Gockel dazu: „Es würde dann schnell deutlich, wie überflüssig Abschiebungshaft ist." Nach der Auffassung der AG Abschiebungshaft bleibt den Fraktionen von SPD und Bündnis 90/Die Grünen nichts anderes übrig, als das Gesetz zurückzunehmen.

Quelle: Pressemitteilung AG Abschiebungshaft im AK Asyl 14.04.2015 ■

PRO ASYL: schwere Misshandlung von Flüchtlingen in Bulgarien trotz Gewalt und Not

Über 4000 Flüchtlingen droht die Abschiebung aus Deutschland

PRO ASYL fordert sicheren Aufenthalt für betroffene Flüchtlinge PRO ASYL hat heute den Bericht „Flüchtlinge in Bulgarien: Misshandelt, erniedrigt, schutzlos" veröffentlicht. Die Dokumentation zeigt ein erschreckendes Ausmaß an erniedrigender und unmenschlicher Behandlung von Flüchtlingen in Bulgarien – bis hin zur Folter in Flüchtlingsgefängnissen. Schutzsuchende berichten unter anderem von:

- Misshandlungen durch Fußtritte und Stockschläge z.T. bis zur Bewusstlosigkeit

- Verweigerung des Zugangs zu einer Toilette über Stunden hinweg
- Zwang auf dem kalten Boden ohne Decke zu schlafen, selbst bei Kindern
- Verweigerung medizinischer Versorgung, sogar in Notfällen
- Illegalen Zurückweisungen an der Grenzen unter Anwendung von Gewalt

Ein Flüchtling berichtet, dass er gezwungen wurde sich nackt ausziehen und eine Gebetshaltung einzunehmen. Dann erhielt er Schläge auf das Gesäß. Ein anderer berichtet, dass er durch einen Beamten vergewaltigt wurde, während andere zuschauten.

Immer häufiger kommen Flüchtlinge über Bulgarien in die EU. In den letzten zwei Jahren hat sich die Anzahl der Flüchtlinge in dem ärmsten EU-Land verachtfacht. Kamen im Jahr 2012 noch 1385 Flüchtlinge, wurden 11080 Asylanträge im Jahr 2014 gestellt – mehr als die Hälfte sind Syrer. Nach der Einreise werden Flüchtlinge oft wochen- und monatelang inhaftiert oder im Rahmen illegaler Push-Back-Operationen sofort zurück in die Türkei gebracht. Nach der Haftentlassung werden syrische Flüchtlinge zeitnah und oft ohne Anhörung anerkannt. Der Schutzstatus bedeutet jedoch für Flüchtlinge, dass sie aus den Flüchtlingslagern ausziehen müssen. Die fehlenden sozialen Sicherungssysteme in Bulgarien führen dazu, dass anerkannte Flüchtlinge dann mittellos auf der Straße landen und rassistischen Angriffen schutzlos ausgeliefert sind.

Viele suchen daher in anderen EU-Ländern wie Deutschland Schutz. Doch hier droht ihnen die Abschiebung. In 2014 hat Deutschland Bulgarien in 4.405 Fällen um eine Rückübernahme ersucht. Überwiegend betroffen davon sind Flüchtlinge, die bereits in Bulgarien einen Schutzstatus erhalten haben. Ihr Rechtsstatus ist besonders prekär. Im Unterschied zu „Dublin-Flüchtlingen“ können sie über die übliche Sechsmonatsfrist hinaus nach der deutschen Drittstaatenregelung jederzeit abgeschoben werden – auch nach Jahren des Aufenthalts. Drohende oder erlittene Menschenrechtsverletzungen in Bulgarien finden aufenthaltsrechtlich in Deutschland regelmäßig keine Berücksichtigung.

PRO ASYL fordert, dass Abschiebungen aus Deutschland nach Bulgarien eingestellt werden und Flüchtlingen, die über Bulgarien nach Deutschland gekommen sind, ein sicherer Aufenthaltsstatus erteilt wird. Folter, Misshandlungen und illegale Push-Backs in Bulgarien müssen umgehend gestoppt werden. Die EU darf nicht zulassen, dass in EU-Staaten Menschrechte von Flüchtlingen eklatant missachtet werden.

Quelle: Presseerklärung PRO ASYL 16.04.2015 ■

Gespräch gegen Abschiebungen in Aussicht gestellt

Dem Aufruf der Gruppe Roma Thüringen zur Kundgebung für ein Bleiberecht und einen sofortigen Stopp aller Abschiebungen sind am Dienstag 50 Menschen gefolgt. Direkt vor dem Bürgeramt in der Bürgermeister-Wagner-Straße sprachen aus Anlass ihrer unmittelbar bevorstehenden Abschiebung Betroffene aus Mazedonien, dem Kosovo und Serbien über ihre Situation.

Sie machten deutlich, dass sie nicht mehr hinnehmen wollen, zur Ausreise gezwungen zu werden. Was im Amtsdeutschen als „freiwillige Ausreise“ bezeichnet wird, stellt in der Praxis eine alternativlose Zwangssituation dar. In den vergangenen Wochen waren Erfurter Geflüchtete nach dem Ende des thüringenweiten Winterabschiebestopps gezwungen ihre Aufenthaltsberechtigungen zu verlängern. Bei dieser Gelegenheit wurden sie von der Sachbearbeiterin Frau Trillhose aufgefordert, bis Ende April auszureisen, ansonsten drohe die Abholung durch die Polizei. Auch dass die Pässe Betroffener bis zur vollständigen Bezahlung der Flucht in Besitz der FluchthelferInnen seien, stelle kein Problem dar, so Trillhose. Dann würde sich die Ausländerbehörde um Passersatz bei der jeweiligen Botschaft bemühen, um die Abschiebung im Mai durchsetzen zu können.

… Der Flüchtlingsrat Thüringen veröffentlichte am Tag der Kundgebung ein Flüchtlingspolitisches Positionspapier. Darin wird anlässlich des am Donnerstag in Erfurt stattfindenden Flüchtlingsgipfels gefordert, dass Abschiebungen, d.h. die Durchsetzung der Ausreisepflicht durch Zwang, kein Instrument einer humanitären Zuwanderungspolitik sein können. …

Quelle: Pressemitteilung https://facebook.com/roma.thuringen 22.04.2015 ■

Bundesinnenminister will schnellere Abschiebungen

Die Länder sollen laut de Maizière abgelehnte Asylbewerber schneller abschieben. Die EU-Flüchtlingspolitik hält der Minister für unbefriedigend. Unzufrieden ist auch die Linkspartei. Sie wirft de Maizière Zynismus vor.

Bundesinnenminister Thomas de Maizière (CDU) hat eine schnellere Abschiebung von abgelehnten Asylbewerbern gefordert. Dabei müssten vor allem die Bundesländer aktiver werden, betonte de Maizière am Freitag im RBB-Inforadio. „Wenn jemand einen Schutzstatus bekommt, dann soll die Integration sofort beginnen: Arbeitsaufnahme, Sprache, alles was dazu gehört“, sagte de Maizière weiter. Wenn aber anders entschieden werde und keine politische Verfolgung vorliege, müsse eine andere Konsequenz folgen. „Und die heißt: Unser Land muss wieder verlassen werden.“

Mit Blick auf die Forderung mehrerer Bundesländer nach mehr Finanzhilfen durch den Bund für die Flüchtlingsunterbringung sagte de Maizière: „Man kann nicht wie manche Länder hohe Kosten beklagen, den Bund zu schnelleren Verfahren auffordern – was richtig ist – und gleichzeitig den eigenen Teil, auch Kosten zu reduzieren, indem man dann die Menschen, die es betrifft, wieder abschiebt, nicht erfüllen, das gehört schon auch zusammen.“

EU-Flüchtlingspolitik unbefriedigend

Die Flüchtlingspolitik der EU bezeichnete der Minister zudem als „unbefriedigend“. So beteiligten sich nur zehn Länder an der Flüchtlingsaufnahme, Deutschland übernehme ein Drittel der Asylbewerber. Belastet seien die Länder am Mittelmeer, die allerdings auch gerne Asylbewerber weiter in den Norden geben würden. „Wir brauchen vergleichbare Standards bei der Asylunterbringung. Es muss eine einheitliche Position in Europa geben, wir müssen koordiniert zurückführen und wir müssen verhindern, dass Menschen aus Europa in einem anderen Teil Europas Asyl beantragt“, forderte de Maizière. Er verwies darauf, dass die EU-Kommission dazu im Mai eine sogenannte Migrationsagenda vorlegen wolle.

Angesichts des Flüchtlingsdramas im Mittelmeer sprach de Maizière von einem „wirklichen Dilemma“. Einerseits könne die EU-Grenzschutzagentur Frontex Flüchtlinge nicht schon vor der Küste Libyens aus ihren meist seeuntüchtigen Booten retten. Damit würden die Geschäfte der Schlepper belohnt, die die Flüchtlinge unter schäbigsten Bedingungen an die Küste gebracht hätten. Andererseits könne die EU nicht dabei zusehen, wie die Menschen im Mittelmeer ertränken.

Jelpke: Zynisches Spiel

Laut Ulla Jelpke, innenpolitische Sprecherin der Linksfraktion im Bundestag, spielt der Bundesinnenminister ein „zynisches Spiel“. Er „taktiert doppelzüngig: Einerseits bietet er den Ländern mehr Unterstützung an, andererseits knüpft er diese an die Bedingung, vermehrt abzuschieben. Einerseits beklagt er den Tod Hunderter von Flüchtlingen im Mittelmeer, andererseits sperrt er sich gegen ein Programm zur Seenotrettung. Damit gießt der Innenminister letztlich Öl ins Feuer von Pegida und anderen Rassisten“, so Jelpke.

Die Linkspolitikerin fordert „ein klares Bekenntnis, ohne jedes Wenn und Aber, für eine humane Flüchtlingspolitik“. Diese müsse auch Regelungen beinhalten, die es Flüchtlingen ermöglichen, gefahrlos in die EU zu gelangen, um ihre Asylbegehren zu stellen. (epd/mig)

Quelle: http://www.migazin.de 20.04.2015 ■

Flucht ohne Ankunft

ie Misere von international Schutzberechtigten in der EU- Die Flüchtlingsproteste der letzten Jahre sind zahlreich und lautstark: „Lampedusa in Hamburg“, Protestcamps vor dem Brandenburger Tor oder dem Oranienplatz in Berlin, auf dem Rindermarkt in München und an zahlreichen anderen Orten Deutschlands. Die Proteste richten sich u.a. gegen die Abschiebungen in EU-Staaten, in denen die Lebensbedingungen für Flüchtlinge katastrophal sind. In einer breiten öffentlichen Debatte wird ihre Situation in Europa diskutiert. Immer mehr Menschen solidarisieren sich mit den Flüchtlingen. Unzählige Demonstrationen, Kundgebungen oder Protestmärsche finden statt, in denen Flüchtlinge ihre Rechte einfordern. Mancherorts – wie in Kreuzberg oder St. Pauli – reihen sich die Anwohner ganzer Stadtteile in die Proteste ein. Auch in den sozialen Medien ist das Thema längst angekommen. Die Bewegung der Refugees hat die Wahrnehmung der dramatischen Situation, in der sich Flüchtlinge in Europa befinden, deutlich geschärft.

Mit der vorliegenden Broschüre soll das Augenmerk auf die besondere Situation der „international Schutzberechtigten« – also anerkannten und subsidiär geschützten Flüchtlingen – gerichtet werden, die sich gegen ihre Abschiebung in andere EU-Staaten zur Wehr setzen. Ihre Situation ist vergleichbar mit der von Asylsuchenden, denen die Abschiebung in einen anderen EU-Staat aufgrund der Dublin-III-Verordnung droht. Sie sind ebenso von Abschiebungen in EU-Staaten betroffen, in denen ihre Rechte massiv verletzt werden. Allerdings sind die rechtlichen Grundlagen andere. Da sie bereits in dem anderen EU-Staat entweder als Flüchtling oder als subsidiär Schutzberechtigte anerkannt wurden, fallen sie nicht unter das Dublin-Verfahren. Das hat Vor- und Nachteile: Positiv ist, dass sie als Schutzberechtigte besuchsweise in andere EU-Staaten reisen dürfen. Überschreiten sie jedoch die dreimonatige Besuchszeit oder wollen sie sich woanders niederlassen als in dem Land, das ihnen den Status verliehen hat, droht die Abschiebung aufgrund der „Sicheren-Drittstaatenregelung«. Wollen sie sich gegen ihre Abschiebung zur Wehr setzen, haben sie so gut wie keine Chance. Die Fiktion, dass sie bereits in einem „sicheren“ Staat Schutz gefunden hätten, ist nahezu unumstößlich. Das Recht zeigt sich blind für die realen Verhältnisse, in denen die Menschen mit Schutzstatus in Europa leben müssen.

In dieser Broschüre wird die Problematik der international Schutzberechtigten beschrieben, und es werden Handlungsmöglichkeiten und Wege aus der Misere aufgezeigt.

22. aktualisierte Auflage der Dokumentation „Bundesdeutsche Flüchtlingspolitik und ihre tödlichen Folgen“

22 Jahre Recherche und Dokumentation des staatlichen & gesellschaftlichen Rassismus

Die jetzt 22 Jahre umfassende Dokumentation ist ein Spiegelbild der menschenverachtenden Lebensbedingungen, denen Flüchtlinge, Asylbewerber_innen und Menschen ohne Papiere in Deutschland ausgesetzt sind. Anhand der vielen Einzelgeschehnisse (circa 7000) wird der gesetzliche, behördliche und gesellschaftliche Druck deutlich, der auf die Betroffenen kollektiv wirkt, und den nur die wenigsten unbeschadet überstehen können.

Es sind nicht nur die restriktiven Rahmenbedingungen, die die bundesdeutschen Asylgesetze vorgeben und in denen die Flüchtlinge gefangen sind, es sind auch und vor allem Mitarbeiter_innen der Ämter, der Polizei, der Abschiebeknäste, medizinisches Personal bis hin zum Verwaltungs- und Bewachungspersonal in den Flüchtlingslagern, die oft mit Allmachtsgebaren, Willkür, Schikane, Erpressung, Rechtsbruch oder purer Gewalt gegen die Schutzsuchenden vorgehen. Dies ist auch eine Folge des rassistischen Konsens' von Staat und Gesellschaft, der vor 22 Jahren zur faktischen Abschaffung des Asylrechts führte: zu geschlossenen Grenzen, Schutzverweigerung, Verhinderung von selbstbestimmtem Leben durch Diskriminierung, Entmündigung, Ausgrenzung und Kriminalisierung – und in letzter Konsequenz zum Rausschmiss aus der BRD.

Die derzeitige Proklamierung einer „Willkommens-Kultur“ durch dieselbe rassistische Politik kann angesichts der Realität der hier lebenden Flüchtlinge nur als Hohn bezeichnet werden.

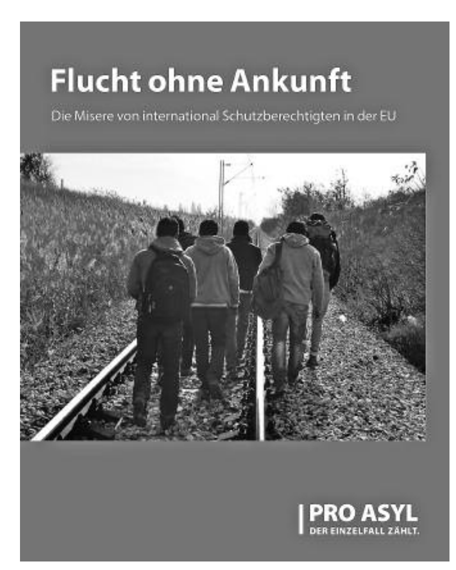
Die Dokumentation umfasst zwei Hefte (DIN A4 – ca. 725 S.). Beide Hefte zusammen kosten 21 Euro plus 3,60 Euro Porto & Verpackung. HEFT I (1993 – 2004) 11 Euro für 360 S. HEFT II (2005 – 2014) 12 Euro für 365 S.- plus je 1,80 Euro Porto & Verpackung.

Bestellung:http://www.ari-berlin.org/doku/bestell.htm

Antirassistische Initiative Berlin

ari-berlin-dok@gmx.de – Fon 030 617 40 440 – Fax 030 617 40 101 – Funk 0177 37 55 924

„Bundesdeutsche Flüchtlingspolitik und ihre tödlichen Folgen“: www.ari-berlin.org/doku/titel.htm



Der Herausgabekreis und die Redaktion sind zu erreichen über:
GNN-Verlag, Venloer Str. 440, 50825 Köln Tel. 0221 / 21 16 58, Fax 0221 / 21 53 73.
email: antifanachrichten@netcologne.de, Internet: http://www.antifaschistische-nachrichten.de
Erscheint bei GNN, Verlagsges. m.b.H., Venloer Str. 440, 50825 Köln. V.i.S.d.P.: Jörg Detjen
Redaktion: Für Schleswig-Holstein, Hamburg, NRW, Hessen, Rheinland Pfalz, Saarland: U. Bach, H. Deilke GNN-Verlag Köln. Baden-Württemberg und Bayern über GNN-Süd, Stubaier Str. 2, 70327 Stuttgart, Tel. 0711 / 62 47 01. Für „Aus der faschistischen Presse“: J. Detjen c/o GNN Köln.
Erscheinungsweise: 14-täglich. Bezugspreis: Einzelheft 1,50 Euro.
Bestellungen sind zu richten an: GNN-Verlag, Venloer Str. 440, 50825 Köln. Sonderbestellungen sind möglich, Wiederverkäufer erhalten 30 % Rabatt.

Die antifaschistischen Nachrichten beruhen vor allen Dingen auf Mitteilungen von Initiativen. Soweit einzelne Artikel ausdrücklich in ihrer Herkunft gekennzeichnet sind, geben sie nicht unbedingt die Meinung der Redaktion wieder, die nicht alle bei ihr eingehenden Meldungen überprüfen kann.

Herausgabekreis der Antifaschistischen Nachrichten: Annelie Buntenbach (Bündnis 90/Die Grünen); Rolf Burgard (VVN-BdA); Jörg Detjen (Verein für politische Bildung, linke Kritik und Kommunikation); Martin Dietzsch; Regina Girod (VVN – Bund der Antifaschisten); Dr. Christel Hartinger (Friedenszentrum e.V., Leipzig); Hartmut-Meyer-Archiv bei der VVN – Bund der Antifaschisten NRW; Ulla Jelpke (MdB DIE LINKE); Ulrike Bach, Edith Bergmann, Christoph Cornides; Kreisvereinigung Aachen VVN-BdA; Angelo Lucifero; Kai Metzner (minuskel screen partner); Bernhard Strasdeit; Volkmar Wölk.

Die AfD zerlegt sich weiter

Junge Freiheit Nr. 15 bis 18/2015

Die Berichterstattung des Blattes über die internen Auseinandersetzungen in der AfD liest sich wie die Beschreibung einer Selbstzerlegung, deren vorläufiger Höhepunkt der Rücktritt des früheren BDI-Vorsitzenden Olaf Henkel aus dem Bundesvorstand der Partei ist. Zwar hatte der Bremer Parteitag die vom Sprecher Bernd Lucke beantragten Satzungsänderungen beschlossen – das hat aber offensichtlich nicht zur Lösung der Probleme beigetragen. Der Landesverband Bremen steht im Wahlkampf, wir werden sehen, wie sich diese Auseinandersetzungen auf das Bremer Wahlergebnis auswirken werden. Die Thüringer Landtagsfraktion hat bereits ein Fraktionsmitglied ausgeschlossen, das Blatt berichtet, dass zwei weitere folgen sollen. Ende März waren bereits Beatrix Diefenbach aus dem AfD-Bundesvorstand und ihr Mann Herbert Frohnhofen aus dem hessischen Landesvorstand zurückgetreten. Am Ostersamstag beschloss der sächsische Sonderparteitag einen „Appell von Weinböhla“. Das ist nun der dritte Appell, nach dem Erfurter Appell aus Thüringen und der Deutschland-Resolution aus dem Bundesvorstand. Es hat den Anschein, als gelänge es dem nationalistischen rechten Flügel um Alexander Gauland und und dem eurokritischen, wirtschaftsliberalen, rechtskonservativen Flügel um Bernd Lucke und Olaf Henkel nicht, zu einem gemeinsamen Parteikonzept zu finden. Frauke Petry hatte sich bei den ersten beiden Resolutionen nicht positioniert und der sächsische Appell beschwört jetzt den menschlichen Umgang. Sachsen fordert: „Die AfD soll eine bürgerliche Volkspartei werden, welche eine Vielzahl liberaler und konservativer Strömungen zusammenführt.“ Die Chancen dafür stehen schlecht. In Hessen hat der Landesparteitag den kompletten Vorstand gestürzt – und damit auch einen der AfD-Bundessprecher, Konrad Adam, abgewählt.

Im Internet äußert sich Chefredakteur Dieter Stein zum Rücktritt Olaf Henkels: „Mit Hans-Olaf Henkels Rückzug schwindet eine bürgerliche Reputation, die ein entscheidender Erfolgsfaktor der AfD von Anbeginn war. Dass diese neue Partei sofort medial durchbrach und als relevant wahrgenommen wurde, lag nicht zuletzt daran, dass sie eben nicht der werweiß-wievielte Fusionsversuch von Mini-Partei-Trümmern aus einem marginalisierten rechten Lager war.

Henkel hat jedoch selbst zur laufenden Eskalation beigetragen. Mit großbürgerlicher Arroganz gegenüber „kleinen Leuten“ lässt sich vielleicht der Bundesverband der Deutschen Industrie, aber nicht eine demokratische Partei führen, die sich dem ganzen Volk verpflichtet fühlt.

Auf der anderen Seite zogen die Anfangserfolge der AfD Glücksritter und Hasardeure nicht nur, aber auch vom rechten Rand an, die hoffen, aus der „Partei des Gesunden Menschenverstandes“ eine langersehnte Rechtspartei zu formen. … Setzt sich dieser Flügel durch, wären Selbstisolation und Abstieg auf Raten vorprogrammiert. Beim Bundesparteitag im Juni wird es zum Showdown kommen. Wenig deutet derzeit darauf hin, dass es noch zu einem „historischen Kompromiss“, einer Koalition der Vernunft zwischen dem konservativen und liberalen Flügel kommt, deren beide Integrationsfiguren Bernd Lucke und Frauke Petry sind. Lucke und Petry sind derzeit offenbar unfähig, gemeinsam integrierend wirken zu wollen. Alles sieht stattdessen nach einer Entscheidung aus, die in einem knappen Pyrrhus-Sieg einer Seite – und mit dem Abstieg der AfD enden wird. Die Disziplinlosigkeit aller Akteure angesichts ihrer historischen Verantwortung ist erschreckend. Während die Euro-Krise neuen Höhepunkten entgegeneilt und es die Stunde einer politischen Alternative wäre, manövriert sich die AfD systematisch ins Aus. Es ist nicht zu fassen.“

Das Blatt, das sich nahezu von Anfang an der Förderung der AfD verschrieben hat, geht möglicherweise die Partei und damit die Orientierung auf eine parlamentarisch vertretene Organisation, die natürlich mit den Mandaten auch über Geld verfügt, verloren.

Flüchtlinge draußen bleiben

Junge Freiheit Nr. 18/15 vom 24. April 2015

„Abschottung wäre humaner“ titelt das Blatt und reiht sich damit ein die Garde derjenigen, die behaupten, Flucht nach Europa unterbliebe, wenn nur die Grenzen richtig dicht gemacht würden. Krokodils Tränen über ertrunkene Flüchtlinge sind zynisch. Das Blatt stellt fest: „Niemand kann wollen, dass Europa ungerührt zusieht, wie vor seinen Küsten Menschen ertrinken. Das Mittelmeer gehört zum geopolitischen Interessengebiet, die Herstellung geordneter Verhältnisse liegt im europäischen Interesse und in europäischer Verantwortung.“ Die Ordnung soll hergestellt werden, indem die Flüchtlinge sofort wieder dorthin gebracht werden, wo sie abgefahren sind. Europa könne die Probleme Afrikas nicht lösen – obwohl es ja die europäischen Kolonialmächte waren, die die Grundlage für die desolate Lage vieler afrikanischer Staaten gelegt haben. Die zwischen den Zeilen zu lesende Konsequenz ist: Besser die Menschen flüchten nicht und verhungern in Afrika statt im Mittelmeer zu ertrinken.

uld ■